



Universität Bamberg



Die Lehrerinnen- und Lehrerbildung in Bamberg

Ein historischer Überblick

Bamberg
Otto-Friedrich-Universität
2020

Herausgegeben von
Godehard Ruppert,
Präsident der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Bearbeitet von Thomas Beck
unter Mitwirkung von Sabine Freitag,
Konstantin Lindner,
Margrit Prussat,
Annette Scheunpflug,
Susanne Timm

Online verfügbar: Publikationsserver der Universität Bamberg,
Schriftenreihe Universitätsgeschichte Bamberg, Bd. 2
<https://fis.uni-bamberg.de/cris/series/series05318/details.html>

Titelbild:
Festakt Lehramt 2019 in der Aula der Otto-Friedrich-Universität Bamberg
(Foto: Benjamin Herges/Universität Bamberg)

Inhalt

Geleitwort	4
Einleitung	6
I. Die Anfänge der Lehrerbildung (1773–1803)	8
II. Restauration und Stagnation (1804–1860)	14
III. Selbstorganisation, Statusverbesserung und Professionalisierung (1860–1919)	15
IV. Ungenutzte Chancen in der Krise und Schließung (1919–1936)	18
V. Von der Lehrerbildungsanstalt zur Pädagogischen Hochschule (1945–1964)	19
VI. Lyzeum und Philosophisch-Theologische Hochschule Bamberg (1803–1972)	26
VII. Von der Pädagogischen Hochschule über die Gesamthochschule zur Universität (1964–2007)	28
VIII. Die Lehrerbildung unter dem Einfluss des Bologna-Prozesses, der Gründung von Zentren für die Lehrerbildung und der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ (2003–2020)	34

Anhang

Chronologie wichtiger Ereignisse	40
Glossar der Schularten und Ausbildungseinrichtungen	45
Abkürzungsverzeichnis	48
Quellenverzeichnis	49
Literaturverzeichnis	49

Geleitwort

Als vor einigen Jahren im Bundeskabinett über eine Exzellenzinitiative für die Lehrerbildung gesprochen wurde, hat man sich dem Vernehmen nach nur einigen können auf eine Initiative für exzellente Lehrerbildung. Die Benennung nicht das Wichtigste, exzellente Lehrerbildung muss aber in der Tat das Ziel sein. Die Universität Bamberg hat sich an den Ausschreibungen erfolgreich beteiligt und die Antragstellerinnen und Antragsteller haben in diesem Zusammenhang angeregt, in Zusammenarbeit mit dem Universitätsarchiv eine Geschichte der Bamberger Lehrerbildung zu publizieren.

Hintergrund der Initiative des Bundes war die verbreitete Ansicht, Lehrerbildung werde als fünftes Rad am Wagen der Universitäten angesehen und habe die entsprechende Stellung. Das war in Bamberg nie der Fall – auch das wollten wir deutlich machen.

Vehrte Leserinnen und Leser!

„Wir lernen im Lernen und bilden uns im Bilden anderer“ formulierte ein Ahnherr meiner Disziplin, der an der bayerischen Landes-Universität in Landshut lehrende Johann Michael Sailer schon 1810. Er meinte damit durchaus sich und seine Kollegen, die als Professoren lernen im Lernen und sich bilden im Bilden anderer, also der Studierenden. Mir geht dieser Satz und sein Anspruch seit den ersten Semestern meines eigenen Studiums nach.

Heute bin ich kein Religionspädagoge mehr, sondern eng eingebunden in die bildungspolitischen Diskussionen.

Bildungspolitik steht vor einer außerordentlichen doppelten Herausforderung: Bildungspolitik muss die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten sichern, die in Zukunft die Lebenschancen des Einzelnen und den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt bestimmen, und sie muss gleichzeitig verhindern, dass das Tempo der Veränderungen zu wachsender sozialer Ausgrenzung führt und damit zu einer neuen Form der Klassengesellschaft.

Bildung ist kein Gebiet und keine politische Zuständigkeit wie viele andere. In der Bildung vergewissern wir uns unserer selbst und finden unsere Identität. Bildung ist, wie jede Kultur, die menschliche Form der Weltaneignung und zugleich ihr Ergebnis. Zur Bildung gehören die Vorstellungen und Einstellungen, die Fähigkeiten und Kenntnisse und die Gewohnheiten, die es dem Menschen ermöglichen, die Welt selbstbestimmt und verantwortlich zu gestalten.

Wir dürfen Bildung in Schule und Hochschule daher nicht darauf beschränken, junge Menschen auf den Beruf und für den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Wer ausschließlich vom Bedarf her denkt, hat schon verfehlt, was mit Bildung eigentlich gemeint ist. Ziel der Bildung ist nicht zuerst die Befähigung zum Geldverdienen. „Bildung schießt und zielt nicht auf Reichtum“, hat der frühere Bundespräsident Johannes Rau formuliert. Aber Bildung ist ein guter Schutz vor Armut. Vielleicht sogar der wirksamste. Bildung ist auch etwas anderes als Wissen. Wissen lässt sich büffeln, aber Begreifen braucht Zeit und Erfahrung. Was helfen uns denn Wissensriesen, wenn sie die Gemüter von Zwergen haben?

Selbständig und frei denken zu lernen: darum geht es nach wie vor. Wer nicht denken gelernt hat, der kann diesen Mangel durch noch so viele Informationen nicht ersetzen, auch nicht durch moderne technische Hilfsmittel. Denken und Verstehen sind die Grundqualifikationen für den Beruf des Lehrers und der Lehrerin!

Lernwissen können wir als Universitäten anbieten – und die intellektuellen Methoden, daraus Bildungswissen zu machen. Diesen Prozess müssen Studierende aber letztlich selber vollziehen. Mit Lernwissen allein kann niemand Lehrerin oder Lehrer werden, Angebote für Lernwissen reichen nicht aus, an die Bildung von Lehrerinnen und Lehrern muss man mehr Anforderungen stellen, deswegen ist Lehrerbildung auch an einer Universität richtig platziert und nicht an einer Berufsfachschule. Der Beruf einer Lehrerin und eines Lehrers ist kein Handwerksberuf, deswegen müssen wir Studierende bilden und nicht ausbilden; die bloße Methodik muss überschritten werden. Daher muss Lehrerbildung auch immer wieder überdacht und neu konzipiert werden.

Die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens ist nicht indifferent gegenüber der Qualität des Lehrpersonals in den Schulen! Deren Qualifikation ist ein zentrales Thema nicht nur der Bildungspolitik.

Ausdrücklich danke ich auch den Lehrerinnen und Lehrern der mit uns verbundenen Schulen für ihren Einsatz als Lehrbeauftragte oder Praktikumslehrkräfte. Wir als Universität wollen auch gerne von diesen Erfahrungen lernen und diese integrieren. Denn: *„Wir lernen im Lernen und bilden uns im Bilden anderer!“*

Godehard Ruppert



!Foto: Benjamin Herges/Uni Bamberg)

Die Lehrerinnen- und Lehrerbildung in Bamberg – ein historischer Überblick

Einleitung



Erster Standort des Collegium Ernestinum im ehemaligen Karmelitenkloster (heute „An der Universität 2“). Ausschnitt aus dem Bamberger Stadtplan von Peter Zweidler, Kupferstich 1602 (Staatsbibliothek Bamberg, V.B.22)

An der Otto-Friedrich-Universität Bamberg nimmt die Lehrerinnen- und Lehrerbildung eine bedeutende Rolle ein, was sich nicht nur an der kontinuierlich hohen Zahl der Studierenden erweisen lässt, sondern auch an den Impulsen für das Lehramtsstudium in Bayern, die von Bamberg ausgingen. Im Jahr 2020 waren etwa ein Fünftel der rund 12.700 Studierenden in ein Lehramtsstudium eingeschrieben, auf ähnlichem Niveau bewegt sich die Zahl der Lehramtsstudierenden seit Jahrzehnten. Die verschiedenen Studiengänge, die für fünf Schularten und ca. 20 Unterrichtsfächer qualifizieren, berühren dabei alle vier Fakultäten der Universität. Allerdings erstreckt sich das Aufgabenfeld der Lehrerinnen- und Lehrerbildung auf weit mehr als „nur“ die Lehramtsstudiengänge. Im Sinne eines lebenslangen Lernens werden vielfältige Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung sowohl für bereits aktive Lehrkräfte als auch für Studierende angeboten. Die regionale und überregionale Vernetzung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung der Universität Bamberg findet außerdem in diversen Forschungs Kooperationen und -verbünden mit schulischen und außerschulischen Einrichtungen ihren Ausdruck. Diese Vernetzungsstruktur und die Bedeutung der Bamberger Lehrerinnen- und Lehrerbildung sind im Lauf von Jahrzehnten entstanden und immer wieder neu belebt worden. Von diesem Ausgangspunkt aus soll ihre Geschichte in ihren wichtigen Stationen und Kontexten nachgezeichnet werden.

Lehrerinnen und Lehrer besaßen zu allen Zeiten eine Vorbildung, die sie zur Ausübung ihres Berufes qualifizierte. Die Lehrerbildung im eigentlichen Sinn war und ist jedoch ein spezifisch angelegtes Studienangebot mit einem staatlich autorisierten Curriculum, das auf den Schuldienst in staatlichen Schulen vorbereitet. Das unterscheidet sie von allgemeinen Ausbildungsgängen die auch das nötige Grundwissen für den Lehrberuf vermitteln, jedoch nicht dezidiert auf den Schuldienst ausgerichtet waren oder sind.

Die Darstellung der Geschichte der Lehrerbildung in Bamberg fußt auf einschlägigen Werken zur Bildungsgeschichte, zur Geschichte der Bamberger Lehrerbildungsstätten, zur Geschichte der Universität Bamberg sowie auf Beständen des Universitätsarchivs Bamberg, des Staatsarchivs Bamberg, des Stadtarchivs Bamberg und des Archivs des ehemaligen Bamberger Zentrums für Lehrerbildung (BAZL). Sie ist in zwei Hauptstränge gegliedert, indem im ersten Teil (Kapitel I bis IV) die vorakademische Lehrerinnen- und Lehrerbildung bis 1958 und in einem zweiten Teil die akademische Lehrerbildung ab 1958 (Kapitel V bis VIII) dargestellt werden. Zur besseren Lesbarkeit wurde auf einen wissenschaftlichen Apparat verzichtet, die verwendeten Referenzwerke und weiterführende Literatur werden in einem Literaturverzeichnis im Anhang aufgeführt.

Schulwesen und Bildungseinrichtungen in Bamberg

Die Universitätsstadt Bamberg blickt auf eine lange Tradition im Schul- und Bildungswesen zurück. Schon als Residenzstadt des katholischen Hochstifts Bamberg war sie ein bedeutender Bildungsstandort und verfügte über eine Domschule, Klosterschulen und verschiedene Lateinschulen. Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung als Universitätsstandort war jedoch die am 23. Juni 1586 erfolgte Gründung des Collegium Ernestinum, der ersten höheren Bildungseinrichtung in Bamberg. Mit der Gründung des Collegiums wurde dem Seminardekret des Konzils von Trient (1545–1563) vom 15. Juli 1563 entsprochen. Die Einrichtung, benannt nach Fürstbischof Ernst von Mengersdorf (1583–1591), bestand aus einem Priesterseminar mit Gymnasium und verfügte über ein Internat. Es sollte die Priesterausbildung im Sinne der Katholischen Reform, wie sie auf dem Tridentinum beschlossen worden war, verbessern, war aber auch für Laien offen. Bis dahin erfolgte die Vorbildung der Priester in der Bamberger Domschule und des Weltklerus an den Lateinschulen in St. Gangolf, St. Jakob und St. Stephan. Das Collegium blieb konfessionell gebunden, stand also nur Katholiken offen.

Bildung hatte einen besonderen Stellenwert für die Entwicklung der Region, die durch Krisen und Kriege in der Frühen Neuzeit stark geschwächt war. Einschneidend waren etwa die großen „Hexenjagden“, denen im Hochstift Bamberg zwischen 1595 und 1633 zahlreiche Menschen zum Opfer fielen. Ebenso hinterließen der Einmarsch der Schweden 1632 und die Folgen des Dreißigjährigen Krieges (1618–1648) tiefe Spuren auch im kulturellen Bereich. Vor diesem Hintergrund bemühte sich Fürstbischof Melchior Otto Voit von Salzburg (1603–1653) um die Gründung einer Universität. Am 16. Mai 1648 erhielt er das kaiserliche Privileg sowie am 18. Juli 1648 die päpstliche Bestätigung und gründete die Academia Ottoniana, zunächst als Zwei-Fakultäten-Universität mit den Fakultäten Philosophie und Theologie. Der Lehrbetrieb wurde im Oktober 1648 aufgenommen, den Lehrauftrag erhielten die Jesuiten. Unter Fürstbischof Friedrich Karl von Schönborn (1729–1746) wurde die Academia schließlich zur Vier-Fakultäten-Universität ausgebaut. Am 2. Mai 1735 wurde die Juristische Fakultät an der Universität Bamberg eröffnet, 1749 begann schließlich auch der Lehrbetrieb an der neu gegründeten Medizinischen Fakultät. In der Kernphase der Aufklärung war Bamberg damit zum Standort einer mittelgroßen Universität mit allen klassischen Studienfächern geworden.



Fürstbischof Melchior Otto Voit von Salzburg (1603–1653), einer der Gründer der Universität Bamberg (Universitätsarchiv Bamberg)

Das Gemeinwohl – die „Wohlfahrt aller Untertanen“ – war ins Zentrum staatlichen Handelns gerückt und markierte eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der Bildung des Volkes, was die Lehrerbildung in den Fokus von Reformabsichten rückte. Voraussetzung für die staatlich gelenkte Lehrerbildung war die Einführung einer staatlich vorgeschriebenen Unterrichtspflicht mit klar definierten Zielen der allgemeinen Volksbildung. Im Hochstift Bamberg wurde 1770 die Schulpflicht für Kinder vom sechsten bis zum zwölften Lebensjahr eingeführt. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte der Aufklärungsdiskurs in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, dessen zentraler Gesichtspunkt die Erziehung des Menschen zu einem nützlichen und freien Mitglied der Gemeinschaft war, zu einem Menschen, der auf der Grundlage rationalen Denkens den Eigennutz im Sinne des Allgemeinwohls zu zügeln wusste. Somit wurde Bildung als der zentrale Schlüssel für die Verbesserung der Lebensumstände aller verstanden. Die Bemühungen um die Pädagogik prägten diese Ära mit gelehrten Gesellschaften, staatlichen Bildungsanstrengungen und Bildungsromanen.

In den meisten Elementarschulen im Fürstbistum fand der Unterricht bis zum Ende des 18. Jahrhunderts als gemeinsamer Unterricht von Jungen und Mädchen statt. Bedeutendste Ausnahme war das 1717 gegründete Institut der Englischen Fräulein mit einer Mädchenschule, die bis heute existiert.

Die Ausbildungswege für die Lehrberufe an den unterschiedlichen Schultypen variierten stark. Für die Unterrichtsgegenstände an den höheren Schulen und den Lateinschulen erschienen das Absolvieren der sieben freien Künste, also des Trivium mit Grammatik, Rhetorik und Dialektik (Logik) und des Quadrivium mit Arithmetik, Geometrie (unter Einschluss der Geographie), Musik und Astronomie (unter Einschluss der Astrologie) als ausreichend. Der Unterricht an den Elementarschulen wurde bis zu den Reformen des 18. Jahrhundert häufig von nicht eigens ausgebildeten Klerikern übernommen. So waren die Institutionen der Lehrerbildung, in denen Elementar- oder Volksschullehrer ausgebildet wurden, bis weit ins 20. Jahrhundert organisatorisch weitgehend unabhängig von den höheren Schulen und den akademischen (Hochschul-)Einrichtungen in Bamberg. Die folgende Darstellung befasst sich bis zum 20. Jahrhundert schwerpunktmäßig mit der Entwicklung des Elementarschulwesens.

I. Die Anfänge der Lehrerbildung (1773–1803)

Ganz im Sinne des Bildungsdiskurses der Aufklärung richtete Fürstbischof Adam Friedrich von Seinsheim (1755–1779 Fürstbischof von Würzburg, 1757–1779 in Personalunion Fürstbischof von Bamberg) im Jahr 1773 die Bamberger „Schulen-Commission“ ein. Die Aufgabe der Kommission bestand anfangs darin, die geistliche Regierung bei der Einrichtung und Organisation der höheren Schulen und später auch der Elementarschulen zu beraten. Wesentlichen Anstoß für die Einrichtung dieses Gremiums aus sechs geistlichen und drei weltlichen Mitgliedern gab die Aufhebung des Jesuitenordens im selben Jahr (21. Juli 1773) und die scharfe Kritik an den verkrusteten Lehrmethoden des Ordens. Aber auch die Einführung der Schulpflicht und die Ausführung der 1771 erlassenen neuen Schulordnung bedurften eines organisatorischen Überbaus.

Die Bemühungen des Fürstbischofs standen im Gesamtkontext des sogenannten „Pädagogischen Jahrhunderts“ und der Hinwendung zur systematisierten und staatlich (damit zuneh-

mend säkularisiert) kontrollierten Volksbildung des 18. Jahrhunderts. Die moderne Pädagogik begann sich als öffentliche Aufgabe herauszubilden. Zwischen etwa 1750 und 1800 entstanden in den meisten Territorien des Reiches aufgeklärte Schulordnungen, insbesondere auch mit Augenmerk auf die „deutschen“ oder auch „Trivial-Schulen“, mithin auf die Volksschulen, in denen die Unterrichtssprache Deutsch und nicht Latein war. Ein derart konzipierter Prozess bedurfte einer möglichst effektiven Steuerung. Neben pädagogischen Methoden waren Organisationsentwicklung und Qualitätssicherung durch eine standardisierte Lehrerbildung und eine Schulaufsicht mit Visitationspraxis nötig.

Schulordnungen

Freilich gab es in Bamberg mindestens eine (überlieferte) mittelalterliche Schulordnung von 1491. Ihr Duktus folgte dabei jedoch eher einer Zunftordnung. Sie beschäftigte sich mit den Grenzen und Anforderungen der „Ehrbarkeit“ der Schulmeister – also das Verbot unlauteren Wettbewerbs im zünftischen Verständnis, das Gebot „sittlicher“ Lebensführung und der Bezeugung von Gottesfurcht. Hinzu kam die Pflicht, der jugendlichen Überschwänglichkeit und der kindlichen Freude an Grenzüberschreitungen strafend Grenzen zu setzen. Diesen Aspekten fügten die Bamberger Ordnungen von 1618 und 1658 einen mächtigen Kodex an geistlicher, katholischer Unterweisungspflicht gegenüber den Schülerinnen und Schülern hinzu, bis hin zum gemeinsamen Gottesdienstbesuch und der Vorbereitung auf die viermalige Pflichtbeichte pro Jahr. Andere Aspekte des Unterrichts wurden nur randständig gestreift.

Auch die Bamberger Schulordnung von 1733 folgt noch diesem Duktus. Die Ordnung von 1755 ist hingegen um interessante Details erweitert und markiert den Übergang in eine neue Vorstellung von Erziehung und Unterricht. Die Schulaufsicht obliegt nicht mehr den Jesuiten, sondern den Kuratoren der Pfarreien und Stifte, den weltlichen Lehrgegenständen wird breiterer Raum eingeräumt und erstmals taucht Rechnen explizit als Teil des Lehrplans und der Auswahlprüfung durch das Vikariat für die Schulmeister auf. Allerdings wird auch dem Aspekt der Sozialdisziplinierung von Schülern und Eltern durch die Instanz des Schulmeisters breiterer Raum gewidmet. Dem Erziehungsaspekt und der Eingliederung der Schule in die Gesellschaft gilt eine besondere Aufmerksamkeit, ebenso wie der Kompetenz der Schulmeister in all diesen Aspekten, wenngleich noch nicht der Frage, wie Schulmeister diese Kompetenzen erwerben sollen.

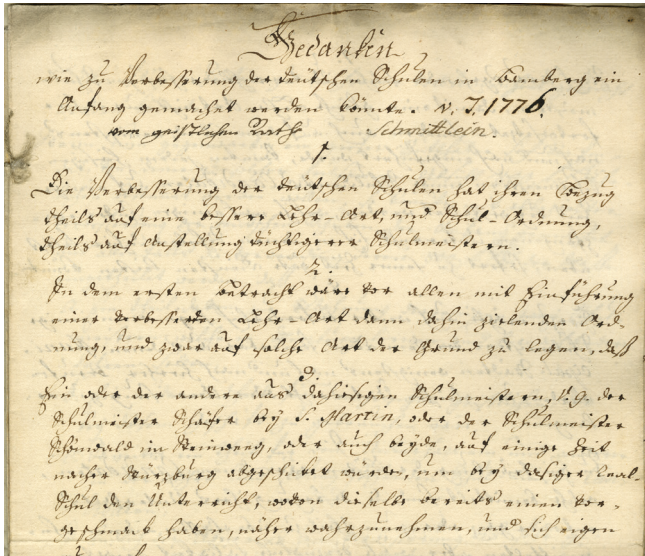
Die voraufklärerischen Bamberger Schulordnungen schenken alle dem Aspekt der Lehrerpersönlichkeit hohe Beachtung – zumindest in Bezug auf ihr Wirken in der Gesellschaft unter geistlich-moralischem Blickwinkel. Über Lehrerbildung geben sie nur im Sinne einer Erwartungshaltung Aufschluss, nicht jedoch hinsichtlich des methodischen Erwerbs von Kenntnissen und Fähigkeiten.

Gründung der Normalschule zur Lehrerbildung

Den Anstoß zur Gründung einer „Normalschule“, die der Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen diene, gab der Bamberger Geistliche Rat Dr. Johann Schmittlein (1739–1791) in seinen „Gedanken zur Verbesserung der teutschen Schulen“ (1776). Das Lehrpersonal an den Trivialschulen sollten basierend auf den Methoden des Augustiner-Chorherren Johann Ignaz von Felbiger (1724–1788) geschult werden. Mit der Leitung betraut wurde Johann Baptist Gerner (1748–1813), Kaplan in Stadtsteinach, der zusammen mit den Stadtschulmeistern Schäfer von Sankt Martin und Schönwald vom Steinweg an einer dreiwöchigen Fortbildung im Würzburger Lehrerseminar teilnahm, um Felbigers Pädagogik kennenzulernen.

Die nötigen finanziellen Mittel stammten aus einem Fonds von 20.000 Gulden, den Fürstbischof Adam Friedrich von Seinsheim aus persönlichen Mitteln zur Verbesserung des Schul-

wesens in Bamberg mit einer jährlichen Verzinsung von vier Prozent anlegte und durch sein Testament festschrieb. Die Erträge in Höhe von 800 Gulden jährlich standen somit für das Gesamtreformvorhaben, insbesondere aber für die Verbesserung der Lehrerbildung, zur Verfügung.



„Gedanken zur Verbesserung der deutschen Schulen“, Johann Schmittlein, 1776 (Archiv des Erzbistums Bamberg, Rep 4-3, Nr 264-2)

Schwieriger war die Unterbringung der Einrichtung, die den gleichen Bedingungen wie Schulen im Allgemeinen unterlag. In der gegenwärtigen Vorstellung von „Schule“ wird der Begriff nicht nur mit Unterricht selber verbunden, sondern auch mit einem dafür eigens eingerichteten Gebäude, das nur den Zweck erfüllt, Lehrende und Lernende während des Unterrichts und für gesellige und künstlerische Veranstaltungen, die mit den Zielen der Schule in Verbindung stehen, zu beherbergen. Dies war in der frühneuzeitlichen Stadt Bamberg keineswegs der Fall. Schule fand in den auf eigene Kosten angemieteten Wohnungen der Schulmeister statt. Erst 1750 wird aufgrund beständiger Eingaben

der Bamberger Schulmeister und entsprechenden Drängens der geistlichen Regierung für die Schule von St. Martin das erste städtische Schulhaus mit Darlehen von mildtätigen Stiftungen auf dem heutigen Maximiliansplatz errichtet – und bleibt zunächst die Ausnahme in den sechs städtischen Schulbezirken. Dieses Problem bestand auch für die Ausbildung der Lehrkräfte. Gerner's Normalschule musste aus privaten Mittel finanziert werden, wenngleich die Kosten für die räumliche Unterbringung und einen Teil des Lebensunterhalts Gerner's (seine Entlohnung in Höhe von 100 Gulden erhielt er aus dem Fonds Adam Friedrich von Seinsheim's) von der Stiftung der sieben unverheirateten Geschwister Schnappauf (1749) aufgebracht wurden. Dadurch war Gerner's Seminar für die Teilnehmer kostenfrei, für ihre persönliche Unterkunft und Verpflegung mussten diese allerdings selbst aufkommen. Die Stiftung bestand nicht nur aus dem Vermögen der Geschwister, sondern auch aus dem Palais der Familie – heute die Liegenschaften Karolinenstraße 9 und Schranne 10.

Die Lehre an der Normalschule

Zunächst holte Gerner die elf Bamberger Schulmeister zur Fortbildung an den allwöchentlichen zwei Spieltagen der Schulkinder – also den schulfreien Tagen – in den Unterrichtsraum des Schnappauf'schen Palais. Unterricht sollte durch die einjährige Fortbildung nicht ausfallen.

Am nächsten Kurs 1778 nahmen bereits vier Kantoren vom Land teil. Es handelte sich um eine Weiterbildung in einem Blockkurs über neun Monate mit täglichem Unterricht. Die Kantoren waren Hilfslehrer und Lehrlinge, die beim Schulmeister das Unterrichten „erlernen“ sollten. Ihr sozialer Status und ihr Einkommen lagen auf Dienstbotenniveau. Entsprechend

zufällig war ihre Qualifizierung zum Lehrberuf. Gerner konnte zwar durchsetzen, dass ab 1779 nur noch Kantoren angenommen werden sollten, die zuvor eine erste Ausbildung in einem Lehrerseminar durchlaufen hatten. Flächenmäßig vollständig umsetzbar war die Weisung auf dem Lande freilich zunächst nicht.

Die Lehrgegenstände der Normalschule, wie sie Gerner 1779 an den neuen Fürstbischof Franz Ludwig von Erthal (1779–1795) berichtete, erstreckten sich auf

- die Auslegung des Katechismus,
- die Beherrschung von Erzählungen der biblischen Geschichten des Neuen und Alten Testaments mit Einübung einer verständlichen und korrekten Sprache,
- Grammatik und Orthographie des Deutschen in praktischen Texten wie beispielsweise Briefen, Suppliken, Quittungen,
- Schönschreiben nach einer von der Schulkommission eingeführten und vom Universitätsbuchdrucker Georg Klietsch hergestellten Kurrentschriftvorlage, die auch in den Bamberger Stadtschulen eingeführt wurde, sowie
- das Rechnen.

Methodisch und pädagogisch lag der Fokus auf

- Persönlichkeit, Haltung und Verhalten des Lehrers gegenüber den Schülern,
- der Methode des Zusammenunterrichtens durch alle Klassen der Schule auch unter Verwendung einer ABC-Tafel für den ersten Lese- und Schreibunterricht, die speziell zu diesem Zweck angefertigt wurde und auch in den Bamberger Stadtschulen Verwendung fand, sowie auf
- der Methode des Katechisierens.

Parallel zur Entwicklung der Lehrerausbildung stieß Gerner auch strukturelle Verbesserungen des Unterrichts an. Die individuellen Fähigkeiten der Schüler und Schülerinnen wurden stärker in den Blick genommen. Es wurden vier Klassen festgeschrieben, die sich am Fortschritt des Schriftspracherwerbs orientierten. Alle Klassen wurden zusammen unterrichtet. Wenn eine Klasse unterrichtet wurde, beschäftigten sich die anderen still mit ihrem Unterrichtsstoff. Darüber hinaus wurden auch die Lehrbücher kanonisiert, deren Lesestoff noch ausschließlich geistlichen Inhalts war. Gerner selbst verfertigte als Grundlage für den Schriftspracherwerb in den vier Klassen eine Fibel, die sich eng an Felbigers Methoden anlehnte und 1781 im Druck erschien.

Bis 1784 gab es im ländlichen Raum des Fürstbistums, mit wenigen Ausnahmen, nur in den Wintermonaten Schulunterricht. Vom 1. Mai bis 11. November war „Sommerpause“, in der viele Kinder in der Landwirtschaft und heimischen Betrieben mitarbeiteten. Diese Tradition wurde durch die Bildungsreform beendet. Fortan waren auch auf den Dörfern im Sommer täglich zwei Unterrichtsstunden abzuhalten. Gleichzeitig griff Franz Ludwig von Erthal zunehmend rigoröser in die Besetzung von Schulmeisterstellen ein. Zunächst wies er darauf hin, dass zukünftig nur noch Schulmeister eingestellt werden sollten, die ein Examen in der neuen Lehrmethode bestanden hatten. Am 9. Februar 1786 wurde schließlich per Universaldekret verfügt, dass fortan kein Schulmeister eingestellt oder unter dem 50. Lebensjahr weiterbeschäftigt werden solle, der nicht in den neuen Unterrichtsmethoden firm sei.

Die Bemühungen Gerners mündeten unter Fürstbischof Franz Ludwig von Erthal zwar in einem formal straff geordneten Schulrecht, das jedoch ein bürokratischer Überbau blieb, weil

zur Umsetzung vielerorts die Mittel fehlten. Auch die Normalschule selbst war durch die zusätzlichen Aufgaben und die große Nachfrage nach Weiterbildung stark belastet. Schließlich war sie den Anforderungen, die aus der Reform der Lehrerbildung in Bamberg erwuchsen, allein nicht mehr gewachsen. Eine Erhebung zum Zustand des Schulwesens in Stadt und Land Bamberg von 1790 erbrachte einen deutlichen Handlungsbedarf in der Reform der Schulen sowie des Bildungsstands und der Lebensumstände des Lehrpersonals. Auch wenn längst nicht alle Missstände zeitnah beseitigt werden konnten, sollte doch zumindest die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer professionalisiert werden.

Reform der Normalschule zum Lehrerseminar

Zur besseren Umsetzung der Reformen wurde die Normalschule umgestaltet und 1791 als Lehrerseminar unter der Aufsicht der Schulkommission weitergeführt. Die Kompetenzen der Schulkommission wurden erweitert, so dass sie quasi die Funktion eines regionalen Schulministeriums ausübte. Hinsichtlich der Lehrerbildung bedeutete dies, dass ein professioneller Standard gesetzt wurde, der von den einheitlichen Anforderungen des Unterrichts definiert wurde. Intern zuständig für die Übernahme in den Schuldienst war die Leitung des Lehrerseminars.

Gerner schied als Seminardirektor 1791 auf eigenen Wunsch aus, zu seinem Nachfolger wurde Johann Baptist Betz ernannt. Das Schnappauf'sche Palais wurde umgebaut und gänzlich der Lehrerbildung gewidmet. Für den Direktor und die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer wurden unter dem Dach Wohnräume eingerichtet, Ziel war die kostenlose Unterbringung und Verpflegung. Pro Kurs erhielten maximal fünf Personen freie Kost und Logis. Selbstversorger konnten zugelassen werden, wohnten und aßen jedoch in ihren externen Quartieren. Vor der Aufnahme musste eine zweitägige Eignungsprüfung abgelegt werden. Monatliche Examina dienten der Erfolgskontrolle des Erlernten. Erst die erfolgreiche Ablegung der Abschlussprüfung qualifizierte für den Schuldienst.



Der erste Kurs begann am 25. Juli 1791 mit fünf Teilnehmern, die aus 47 Bewerbungen ausgewählt worden waren. Die Lehrgegenstände waren

- Katholische Religionslehre,
- Deutsch,
- Schönschreiben,
- Rechnen,
- Musik, insbesondere Kirchenmusik und Orgel,
- Naturlehre und Naturgeschichte (physikalische, biologische und astronomische Grundbegriffe),
- Haushaltsführung und Landwirtschaft,
- Erd- und Heimatkunde (insbesondere des Reiches und des Fürstbistums),
- Weltliche Morallehre.

Schnappauf'sches Palais. Karolinenstraße 9 – Haus zum „Güldenem Stern“, dann auch Schnappauf'sches Priesterhaus, später Schullehrerseminar (Stadtarchiv Bamberg, C 6 + 1892)

Sämtlichen Unterricht, mit Ausnahme der Musik, bestritt der Seminardirektor allein. Die Notenskala war dreistufig (A, B, C). Zunächst waren die Kurse unterschiedlich lang – meist zwischen fünf und acht Monaten. Erst am 30. September 1793 wurde die Kursdauer auf zehn Monate (vom 11. November bis 8. September) festgelegt.

Kriegsbedingte Unterbrechung der Reformen und Säkularisation

In den Turbulenzen der Kriegszeit, zunächst in den Revolutionskriegen und dann in den Napoleonischen Kriegen, erstarrten weitere Reformvorhaben. Die Seminare fanden in dieser Zeit nicht mehr regelmäßig statt, was mit kriegsbedingten Finanzengpässen, aber auch mit unmittelbaren Auswirkungen der Kriegshandlungen zusammenhing. Die militärischen Erfolge der französischen Truppen setzten umfangreiche Veränderungen der politischen Struktur in Gang. Mit der einsetzenden Säkularisation wurden die Schulen der Stifte und Klöster endgültig zu staatlichen Einrichtungen, sofern sie nicht geschlossen wurden. 1802 fielen die Fürstentümer der Bistümer Würzburg und Bamberg an Bayern. In der Folge wurde auch die Bildungslandschaft erheblich umgestaltet. Das Lehrerbildungsseminar (Schullehrerseminar) blieb als ein wichtiger Faktor des Bildungsstandorts Bamberg im neuen Königreich Bayern ab 1806 erhalten. Die Universität Bamberg wurde jedoch aufgehoben, die Lehre der Philosophischen und der Theologischen Fakultät wurde im Bamberger Lyzeum fortgeführt. Mit der königlichen Bestätigung des ersten Jahresetats 1804 war das Lyzeum als offizieller Nachfolger der Universität Bamberg anerkannt, verfügte allerdings nicht über das Promotions- und Habilitationsrecht. In den Anfangsjahren zählte das Lyzeum durchschnittlich 100 Studierende.

Das eigentliche Ziel der pädagogischen Reformen insbesondere der Professionalisierung des Volksschullehrerberufs – nämlich die Hebung der Volksbildung – wurde allerdings in Bamberg zunächst kaum erreicht. Das lag an unterschiedlichen Faktoren. Im Zeichen des Neuhumanismus galt die Aufmerksamkeit der Bildungseliten zuvorderst den Gymnasien und den Universitäten. Wenngleich die Lehrerbildung der Volksschulen und die Schulaufsicht in staatliche Zuständigkeit überging, so blieb doch der Betrieb der Volksschulen und die Besoldung der Lehrkräfte kommunale Aufgabe. Den Städten und Landgemeinden mangelte es jedoch an finanziellen Mitteln. Klassen mit bis zu 200 Schülern waren keine Seltenheit. „Schulhäuser“ waren oft Notbehelfe wie aufgelassene landwirtschaftliche Gebäude, Gastwirtschaften oder Nebengebäude von Handwerksbetrieben. Neubauten waren meist einfache Bauwerke, die nicht im Hinblick auf schulische Notwendigkeiten errichtet wurden, manchmal nicht einmal über Toiletten für die Schülerinnen und Schüler verfügten.

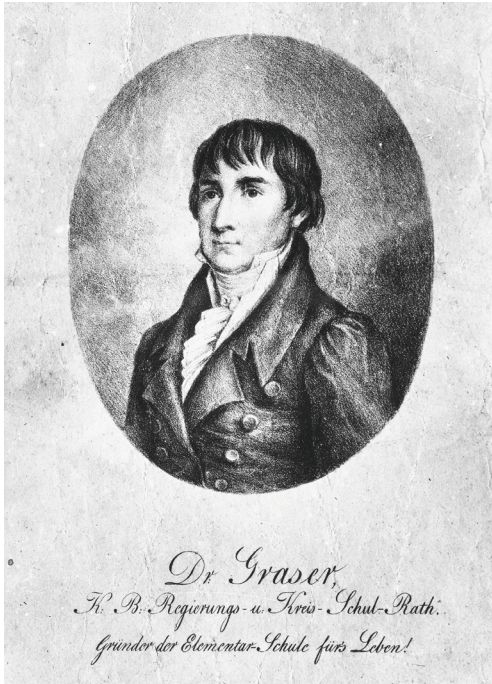
Die Lehrerbesoldung hing ebenfalls stark von den finanziellen Mitteln der Kommunen ab, lag fast durchweg unter dem staatlich empfohlenen Mindestlohn für Volksschullehrer und setzte sich aus verschiedenen Entgelten in Naturalien und Bargeld zusammen. Der größte Risikofaktor für die Lehrer war der Anteil des Schulgeldes, das die Eltern entrichten sollten, vielfach jedoch nicht leisten konnten oder wollten. Viele Lehrkräfte waren gezwungen, ihren kargen Sold durch Dienste als Kantor und Organist für kirchliche Anlässe wie Feiertage, Hochzeiten, Beerdigungen etc. aufzubessern. Eine Altersvorsorge oder Kranken- und Hinterbliebenenversorgung sahen die Gemeinden meist nur für eine kurze Übergangszeit – üblicherweise bis zur Neubesetzung der Lehrerstelle – vor. Erst die Selbstorganisation in Pensionsvereinen und Lehrerverbänden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts besserte diesen Zustand.

II. Restauration und Stagnation (1804–1860)

Hatte das Kurfürstentum Bayern zunächst in der Napoleonischen Ära die Reformen des 18. Jahrhunderts fortgesetzt, so verlangsamte sich das Tempo der Entwicklung im Bereich der Volksschulen und der Lehrerbildung schon kurz nach der Erhebung zum Königreich und wurde in der Restauration der 1820er Jahre gedrosselt bzw. sogar gestoppt.

Für die Lehrerbildung in Bamberg wurde Johann Baptist Graser (1766–1841) bedeutend, der 1804, als frisch berufener Professor für Philosophie und Pädagogik an der Universität Landshut, als Kreisschulrat nach Bamberg entsandt wurde. 1810 wurde er nach Bayreuth versetzt, das Kreissitz des Obermainkreises (ab 1837 Regierungsbezirk Oberfranken) wurde. Graser engagierte sich erfolgreich für die Lehrerbildung und die Lehrerfortbildung. Es gelang ihm, die Mehrzahl der Lehrkräfte zu „Schulhaltern“ – also „wirklichen“ Lehrern – zu qualifizieren, was zumindest das professionelle Selbstverständnis hob und das Einkommen auf einem, wenn auch prekären, Status sicherte. Inhaltlich strebte er an, mit seiner Schreib-Lese-Methode den Kindern das Erlernen dieser elementaren Fertigkeit zu erleichtern und bei den Lehrern ein größeres Interesse am Erfolg ihres Unterrichts zu wecken.

Grasers beachtliche Erfolge, die nicht zuletzt seiner eigenen Qualifikation als Pädagoge geschuldet waren, schützten ihn allerdings nicht vor seiner Absetzung im Jahr 1825, als bayernweit alle Kreisschulräte abgeschafft wurden. Das 1832 eingesetzte Nachfolgegremium der „Scholarchen“, bestehend aus Rektoren und Hochschullehrern, war mit den pädagogischen Anforderungen der Volksschulen wenig vertraut. Volksschullehrer galten als nicht qualifiziert für eine Mitgliedschaft in diesem Honoratioren-gremium. Diese Entwicklung stand auch im Zusammenhang mit einer zunehmend patriarchalischen Haltung der Regierung gegenüber der Volksschule. Die Bildung des einfachen Untertanen sollte nicht mit unnützem Wissen überfrachtet werden – dies vor allem aus Furcht vor revolutionären Ideen, wie etwa Gleichheit oder Freiheit. Dennoch wurde der Besuch eines Lehrerbildungsseminars ab 1823 formale Voraussetzung für die Ernennung zu einem „wirklichen“ Lehrer. Am 31. Januar 1836 unterzeichnete König Ludwig I. (1786–1868, König 1825–1848) das Lehrerbildungsregulativ, in dem eine dreijährige, privat zu organisierende Vorbildung, eine zweijährige Seminausbildung und eine dreijährige Fortbildung festgelegt wurden. Die Lehrer sollten näher am Bildungsniveau der Volksschule ausgerichtet werden, was gleichzeitig die schulpraktische Ausbildung in den Vordergrund rückte.



Johann Baptist Graser (1766–1841)
(Stadtarchiv Bamberg, BS 483 H100 B001)

Frauen hatten es sich im 19. Jahrhundert mühsam erkämpft, einer Berufstätigkeit als Lehrerin an den öffentlichen Schulen nachgehen zu dürfen. In Bamberg begann das Institut der Englischen Fräulein 1876 mit der Lehrerinnenausbildung. Dennoch genossen Frauen lange Zeit nicht dieselben Rechte wie ihre männlichen Kollegen, sondern unterlagen

verschiedenen Berufsbeschränkungen. Beispielsweise durften sie Männern nicht vorgesetzt sein und es galt das sogenannte „Lehrerinnenzölibat“, in Bayern erstmals seit 1821 bis in das beginnende 20. Jahrhundert.

Das Lehrerseminar Bamberg zog 1827 in das ehemalige Kapitelhaus des 1803 aufgelösten Stifts St. Stephan (die ehemals katholische Stiftskirche ist seit 1807 evangelische Kirche) um. Im selben Gebäude war auch die Taubstummenschule und ab 1874 das von Forchheim nach Bamberg verlegte Präparandenseminar zur Vorbereitung auf das Lehrerseminar untergebracht. Während der Amtszeit von Direktor Ignaz Heunisch von 1836–1864 wurden alle Seminaristen des Lehrerseminars zusätzlich im Unterrichten gehörloser Kinder geschult. Das Lehrerseminar wurde weiterhin bis 1873 von katholischen Geistlichen geführt. Danach setzten sich auch in Bayern die Vorstellungen von einer strikteren Trennung von Staat und Kirche durch. Das Lehrerseminar war bis 1895 eine interkonfessionelle Einrichtung (wie auch bereits von 1805–1823).

Die Lehrerbewegung, die in der Aufbruchsstimmung von 1848/49 Schwung aufnahm, hatte in Bamberg eine frühe – wenn auch eher quietistische – Organisation hervorgebracht, den 1809 gegründeten Lehrerleseverein. Nach der Revolution von 1848/49 wurden die Forderungen der Lehrerinnen und Lehrer auf Versammlungen und in Petitionen jedoch politischer und grundsätzlicher. Statt der Gemeinde- und Pfarrschulen forderten sie allgemeine staatliche Schulen, eine bessere Lehrerbildung, mehr Freiheit und eine angemessene, gleiche Entlohnung. Wie in Preußen – dort insbesondere durch die im gesamten Deutschen Bund wirkungsmächtigen Stiehl'schen Regulative von 1854 – war auch in Bayern die restaurative Antwort nach dem Scheitern des Parlaments in der Paulskirche repressiv. Sie fiel aber weniger radikal aus als in den Preußischen Regulativen, die sich insbesondere gegen liberale Forderungen zu einer Volksbildung zur bürgerlichen Selbständigkeit – gegründet auf Wissen – richteten. In Bayern wurde einerseits die Schulpflicht 1856 von sechs auf sieben Jahre erhöht und 1861 die Besoldung der Lehrer angehoben, andererseits bestimmte das Normativ über die Bildung der Schullehrer vom 15. Mai 1857 eine strenge Aufsicht über die Seminaristen an den Lehrerseminaren. „Törichter Wissensstolz“ – also die liberalen Ideale zur Erziehung rational aufgeklärter Staatsbürger – sollte vermieden, vielmehr christliche Frömmigkeit, Patriotismus und Gehorsam eingeübt werden. Im Blick waren die Bedürfnisse einer schlichten Landschule. Wiederum wurde die schulpraktische Ausbildung in der mit dem Lehrerseminar verbundenen Übungsschule und in der Präparandenschule zur Vorbereitung gestärkt. Die Präparandenschulen sollten den Wissenstand der Volksschulabgänger, die sich zum Lehrberuf bewerben wollten, vertiefen und somit auf die weitere Ausbildung an den Lehrerbildungsseminaren vorbereiten.

III. Selbstorganisation, Statusverbesserung und Professionalisierung (1860–1919)

Trotz der repressiven Politik nach 1849 festigte sich das Selbstbewusstsein der Volksschullehrer zunehmend, was sich auch in der Gründung des Bayerischen Lehrervereins (BLV, heute Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V. BLLV) 1861 in Regensburg niederschlug. Die Einführung einer Pensionskasse für Lehrerinnen und Lehrer 1862 und die deutliche Anhebung der Besoldung 1871 – in Bamberg von 450 auf 700 Gulden jährlich – trugen dieser Situation Rechnung.

Die steigende Wertschätzung des Volksschullehrerstands hing eng mit der Industrialisierung zusammen, die in Bayern mit dem zügigen Ausbau des Eisenbahnnetzes zwischen 1844 und 1870 einherging. In den Wirtschaftsbetrieben, die einerseits nun einen besseren Zugang zu fernen Märkten, aber eben auch Konkurrenz von Mitbewerbern mit Eisenbahnanbindung hatten, wurde Schulbildung zunehmend zu einer Kapitalressource. Gleichzeitig wurden Schulen zu einem Standortfaktor für die Rekrutierung qualifizierter Fachkräfte.



*Schulordnung 1870
(Universitätsarchiv Bamberg, V S 6_0006)*

Das Normativ über die Bildung der Schullehrer im Königreich Bayern vom 29. September 1866 ging auf diesen Bedarf ein. Es vereinheitlichte den Vorbereitungsunterricht für die Lehrerseminare in den Präparandenschulen, der bislang von Geistlichen bzw. Schullehrern aufgrund deren praktischer Erfahrung erfolgte. Nun wurde ein festes Curriculum festgelegt: drei Stunden Religionslehre, sechs Stunden Deutsche Sprache (Sprachlehre, Lesen, Rechtschreiben, Stil), vier Stunden Rechnen, zwei Stunden Geographie, zwei Stunden Geschichte, zwei Stunden Naturgeschichte, zwei Stunden Schönschreiben, drei Stunden Zeichnen (Freihand und Linear), drei Stunden Musik (Gesang, Klavier, Violine, Harmonielehre, Orgel) und zwei Stunden Turnen.

Im Zeitraum zwischen 1870 und 1900 stieg die Anzahl der Lehramtsstellen in Oberfranken um ca. 50 Prozent. Dies lag nicht nur am Bevölkerungswachstum, das u. a. durch steigende Produktivität und Prosperität angeregt wurde, sondern auch an der steigenden Effizienz des Volksschulwesens. So wurden die Klassenstärken auf ca. 60 Schülerinnen und Schüler statt bislang häufig weit über 100 Lernenden gesenkt. Gleichzeitig stieg die absolute Zahl der Schülerinnen und Schüler in diesem Zeitraum in Bamberg von etwa 2.300 auf 4.400 an.

Im Jahr 1873 bezog das Bamberger Schullehrerseminar erstmals einen Neubau in der Sternwartstraße (heutiges E.T.A.-Hoffmann-Gymnasium) und erhielt mit dem Altphilologen Philipp Hock (1836–1897) seinen ersten nicht-geistlichen Leiter. Nach dem Gründungsdirektor Johann Gerner hatten die folgenden geistlichen Inspektoren das Seminar geleitet

- Dr. Johann Baptist Betz, Kanonikus von St. Stephan, 1791–1801,
- Franz Nikolaus Hauptmann, späterer Kreisschulrat in Passau und Salzburg, 1801–1805,
- Johann Caspar Stephan, 1805–1808,
- Ildephons Schatt, ehemals Benediktiner in Banz, 1809–1829,
- Heinrich Emmerling, 1829–1835,
- Ignaz Heunisch, Begründer der Taubstummenanstalt, 1836–1864,
- Gabriel Drausnick, 1864–1873.

Die Situation für Lehrerinnen blieb prekär. 1880 wurde im Deutschen Reich per Gesetz geregelt, dass Beamtinnen bei Heirat ihren Beruf aufgeben mussten, de facto waren davon allerdings vor allem Lehrerinnen betroffen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts zog die Bamberger Lehrerbildung durch einen Streitfall die Aufmerksamkeit der überregionalen Presse und des Bayerischen Kultusministeriums auf sich, was aber letztendlich zu einem Entwicklungsschub führte. Ein von den „Münchner Neueste[n] Nachrichten“ am 4. Februar 1908 und der „Freie[n] Bayerische[n] Schulzeitung“ am 6. Februar 1908 in jeweils umfänglichen Artikeln befeuerter Skandal um das Bamberger Schullehrerseminar und die Präparandenschule im Winter 1907/08 führte dazu, dass das Bayerische Staatsmi-

nisterium des Inneren für Kirchen- und Schulangelegenheiten (Kultusministerium) eine Visitation durch einen externen Gutachter anordnete. Der eigentliche Anlass für den Skandal war nichtig – ein Seminarist wurde beschuldigt, in einer Arbeitsstunde zur Vorbereitung auf die Kommunion unerlaubt in Goethes „Faust“ gelesen zu haben. Der Skandal entstand erst durch die unangemessene Behandlung des Falls durch das Kollegium und die Schulleitung. Der Bericht des Gutachters Dr. Andrae, Direktor der Lehrerbildungsanstalt im pfälzbayerischen Kaiserslautern, zählte schließlich zahlreiche Schwachstellen personeller und struktureller Art der Bamberger Einrichtungen auf. In der Folge wurden das Schullehrerseminar und die Präparandenschule 1910 räumlich und organisatorisch zusammengelegt, die neue Institution erhielt die Bezeichnung Lehrerbildungsanstalt.

Innerhalb eines halben Jahrhunderts hatte sich das Bild des bayerischen Volksschullehrers signifikant verändert – sowohl im Selbstverständnis der Lehrerinnen und Lehrer selbst als auch in der Wahrnehmung durch Öffentlichkeit und Politik. Angemessene Bezahlung, die von Nebenerwerbsquellen unabhängig machte, Erweiterung des Curriculums in der Lehrerbildung, Partizipation am gesellschaftlichen und politischen Diskurs durch Selbstorganisation in Verbänden und Publikationsorganen sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in kleineren Klassen und angemessenen Unterrichtsräumen führten zu einer Professionalisierung und zu einer deutlichen Hebung des sozialen Status der Lehrerschaft. Politik und öffentliche Meinung wandten sich nicht gegen „törichten Wissensstolz“ in der Lehrerbildung, sondern im Gegenteil gegen vermeintlich oder tatsächlich verkrustete, rückwärts gerichtete Strukturen.

Durch den Ersten Weltkrieg war auch die Lehrerbildung in Bamberg erheblich eingeschränkt. Die Auswirkungen zogen sich mindestens bis ins Jahr 1919 hinein. Am 14. April 1919 berichtete der Direktor der Bamberger Lehrerbildungsanstalt, Johann Nepomuk Durmay-



Postkarte der Lehrerbildungsanstalt [als Lazarett] (Stadtarchiv Bamberg, Signatur: BS (B) + 625-17 - H003 B004)

er (1850–1921), an die Regierung von Oberfranken, dass alle 45 Seminaristen der 6. Klassen in einem Kurs zusammengefasst worden waren, da sie von Ostern bis Mitte Oktober 1918 zum Heeresdienst, zur Unterstützung der Landwirtschaft, zur Post oder zu Hilfsdiensten eingezogen waren. Diese Seminaristen hatten also fast die gesamte 5. Klasse unverschuldet versäumt. Daher verfügte das Ministerium, dass für eine ganze Reihe von Fächern die Abschlussprüfung entfallen sollte, um einen möglichst raschen Übergang in die Schulpraxis und eine Friedensnormalität im Schulunterricht zu gewährleisten – allerdings unter Inkaufnahme einer geringeren Qualifikation der jungen Lehrer.

IV. *Ungenutzte Chancen in der Krise und Schließung (1919–1936)*

Unter der Regierung des bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann (1867–1930, Ministerpräsident 1919/20) erklärte der Freistaat Bayern im Lehrerbedarfsgesetz vom August 1919 seine Volksschullehrer zu Staatsbeamten. Obwohl die Weimarer Verfassung dies vorsah, blieb den bayerischen Volksschullehrern interessanterweise jedoch die Akademisierung durch ein Studium an einer Pädagogischen Hochschule verwehrt. Die Lehrerbildungsanstalten blieben erhalten.

Dies spiegelt eine allgemeine Entwicklung bereits in der Gründungsphase der Weimarer Republik wider, als es nicht gelang, einen Konsens für ein einheitliches Reichsschulgesetz zu erlangen (eine Ausnahme bildete lediglich der Religionsunterricht). So blieb die Schulpolitik Ländersache. Dennoch führte gerade die Weiterentwicklung des Bestehenden im Kaiserreich zur Festschreibung bedeutsamer Grundlagen des deutschen Schulsystems. Der wichtigste zukunftsweisende Baustein dieses Systems war das Reichsgesetz zur Regelung der in der Weimarer Verfassung festgeschriebenen allgemeinen obligatorischen vierjährigen Grundschule vom 28. April 1920. Konsens herrschte auch über die grundsätzliche Ausdehnung der Schulpflicht auf die weiterführenden Schulen (z.B. Berufsschulen oder „Mittelschulen“). Die Ausdifferenzierung der Kinder auf die weiteren Schularten sollte nun erst nach dem vierten Schuljahr erfolgen, so dass nun für alle Stände eine gemeinsame Volksschule geschaffen war und das Ständeschulsystem damit weitgehend einer leistungsorientierten Schule wich.

An der Bamberger Lehrerbildungsanstalt wurde am 8. September 1919 mit Dr. Ernst Weber (1873–1948) erstmals ein ausgebildeter Lehrer Direktor. Weber war durch zahlreiche Publikationen zur Didaktik, zur Lehrerpersönlichkeit und zur Unterrichtspraxis ausgewiesen und bekannt. Er nutzte seine Stellung und sein Ansehen zur Propagierung einer akademischen Ausbildung der Volksschullehrer. Statt der Präparandenkurse sollten Bewerberinnen und Bewerber für den Volksschuldienst ein deutsches Gymnasium absolvieren und danach an einer Pädagogischen Hochschule studieren. Allerdings waren die Rahmenbedingungen für weitergehende Reformen im Sinne Webers im konservativen Bayern und unter den Verhältnissen der instabilen Weimarer Republik nicht günstig. Dem allgemeinen Trend zur Weiterentwicklung der Reformansätze des Schulwesens in der Kaiserzeit folgend wurde in Bamberg 1921 zwar die achtjährige Volksschule eingeführt, aber grundlegende Reformen wie sie Weber vorschwebten, stießen auf ablehnende Skepsis.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten konnte Weber seine Pläne nicht weiterverfolgen. Ab 1935 wurde die Lehrerbildung in Bayern an den „Hochschulen für Lehrerbildung“ (ab 1940 wieder Lehrerbildungsanstalten) in Würzburg, Bayreuth und München-Pasing konzentriert. Die Lehrerbildungsanstalt in Bamberg wurde in eine „Deutsche Aufbauschule“ verwandelt, deren Absolvierung zu einer dem Abitur gleichgestellten Qualifikation führen sollte. Wesentliches Bildungsziel war die Erziehung zum „nationalsozialistischen Menschen“. Weber passte nicht in diese Vorstellungswelt und ging am 1. April 1936 in den vorzeitigen Ruhestand.

Wenngleich danach bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs in Bamberg keine Lehrerbildung mehr stattfand, hatte das Wirken von Weber in der Zwischenkriegszeit Auswirkungen auf den Neubeginn der Lehrerbildung unter alliierterem Mandat.

V. Von der Lehrerbildungsanstalt zur Pädagogischen Hochschule (1945–1964)

Der am 12. Oktober 1945 von den Alliierten eingesetzte Leiter der Aufbauschule, Johann Eckart (1945–1952), hatte bereits unter Weber seit 1923 gelehrt. Er hatte den Auftrag, die Aufbauschule wieder abzubauen und in eine „Oberschule in Kurzform“ umzuwandeln. Gleichzeitig begann er in seiner Privatwohnung im Kapitelhaus am Stephansberg mit dem Wiederaufbau der Lehrerbildung in Bamberg, da in den ehemaligen Räumen der Lehrerbildungsanstalt in der Sternwartstraße ein Lungenkrankenhaus untergebracht war. Hatte die bayerische Bildungspolitik die vollständige Restauration der Volksschullehrerausbildung in der Tradition der Weimarer Republik im Auge, so erzwang die amerikanische Militärbehörde am 10. Januar 1947 die Voraussetzung eines Abschlusses an einem sechsjährigen Deutschen Gymnasium (in Bamberg die Aufbauschule in Abbau) zur Aufnahme einer Ausbildung zum Volksschullehrer. Zum Schuljahresbeginn 1947/48 konnten die Gebäude in der Sternwartstraße wieder bezogen werden. Die Bezeichnungen für die Institutionen der Lehrerbildung änderten sich in der Nachkriegszeit mehrfach. Zunächst trugen sie ab dem 29. September 1945 die Bezeichnung „Lehrerbildungsanstalt“, ab 26. März 1946 „Lehrerbildungsanstalt in Verwaltungseinheit mit der Aufbauschule im Abbau“, ab dem Schuljahr 1951/52 „Oberschule in Kurzform“ und schließlich ab 1954 „Deutsches Gymnasium“. Schulleiter in Bamberg war ab 1952 Dr. Georg Beck. Die Pädagogischen Lehrgänge wurden unter der Leitung von Dr. Friedrich Braun in ein „Institut für Lehrerbildung“ überführt, das in den Nebengebäuden des heutigen E.T.A. Hoffmann-Gymnasiums untergebracht war. In zweijährigen Kursen wurden dessen Absolvierende auf den Volksschuldienst vorbereitet.

Der Schulalltag spiegelte die Trümmerwüste der großen deutschen Städte wider. Es mangelte an allem, vor allem an Unterrichtsmitteln, Heizmaterial und Nahrungsmitteln. Die Lehrerkollegien waren überaltert und im Volksschullehramt überwiegend gering qualifiziert. Dies lag nicht nur an den Kriegsfolgen, sondern auch an der von den Nationalsozialisten geprägten



Dr. Ernst Weber (1873–1948), Direktor der Bamberger Lehrerbildungsanstalt von 1919–1936. (Stadtarchiv Bamberg, BS 483 - H100 B001)



Studienplan des Bamberger Instituts für Lehrerbildung, 1956–1957 (Universitätsarchiv Bamberg)

bildungsfeindlichen Volksschulpolitik, die Ideale im Duktus der Stiehl'schen Regulative von 1854 – freilich nationalsozialistisch neu interpretiert – verfolgte. Durch die beständige Indoktrination – nicht nur in den nationalsozialistischen Lehrerbildungsanstalten, sondern auch auf Fortbildungslehrgängen – war ein Großteil der Lehrerinnen und Lehrer von nationalsozialistischem Gedankengut geprägt worden. Deswegen wurden besonders strenge Entnazifizierungsverfahren in der Lehrerschaft durchgeführt. Ein Großteil von ihnen wurde zunächst entlassen und einem eingehenden Verfahren vor den Spruchkammern unterworfen. Die meisten wurden jedoch umgehend wieder eingestellt, da das Schulwesen aufgrund des entstehenden Lehrermangels vor dem Kollaps stand, und die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Mittäterschaft der Lehrkräfte erst später einsetzte.

Reformansätze der Nachkriegszeit

Der allgemeine Lehrermangel nach dem Zweiten Weltkrieg erleichterte es Frauen in zunehmendem Maße, den Lehrberuf zu ergreifen, wenn auch zunächst in prekären, gering qualifizierten Beschäftigungsverhältnissen als Schulhelferinnen. Die Berufsbeschränkungen für Lehrerinnen wurden erst zu Beginn der 1950er Jahre durch die Aufhebung der „Personalabbauverordnung“ aus dem Jahr 1923 beendet. Zwar waren damit offiziell die Berufsbeschränkungen für Lehrerinnen gefallen, aber das gesellschaftliche Umfeld und das traditionelle Verständnis der Geschlechterrollen, das mit der Rückkehr der Kriegsgefangenen von den äußeren Zwängen des Personalnotstands befreit seine Dominanz zurückerlangte, drängte die Frauen zunächst wieder aus dem Lehramt.

Dennoch boten sich zugleich Chancen zu grundsätzlichen Reformen. Die Linke aus SPD und KPD sowie Lehrerverbände trugen Forderungen vor, von denen einige eine lange liberale Tradition vorweisen konnten:

- ein sozial gerechtes, durchlässiges allgemeines öffentliches Schulwesen,
- Schulgeldbefreiung und Lernmittelfreiheit für die Volksschulen,
- die Abschaffung der Konfessionsschule und die Trennung von Kirche und Schule,
- die Einführung von Staatskundeunterricht mit dem Ziel, ein demokratisches Bewusstsein bei Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern zu schaffen und
- die akademische Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten.

Zwei Umstände sorgten zunächst dafür, dass die Umsetzung dieser weitreichenden Forderungen nur schleppend vorankam: Zum einen gewannen die Bundesländer mit der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 wieder die Kulturhoheit und der Alliierte Kontrollrat verlor seinen politischen Einfluss auf das deutsche Bildungswesen, zum anderen schien es keinen Bedarf zu geben, denn die deutsche Industrie war durch die Anstrengungen des Wiederaufbaus auf einem hohen Produktivitätsniveau und durch den Zustrom von Displaced Persons und von Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten stand eine große Anzahl von – bereits qualifizierten – Arbeitskräften zur Verfügung. Unter dem Eindruck des „Wirtschaftswunders“ erschien das Volksschulwesen als nicht vordringlich modernisierungsbedürftig. Die von den Nationalsozialisten abgeschaffte Konfessionsschule wurde in Bayern wieder eingeführt. Lediglich die Hochschulen und das weiterführende Bildungswesen erfuhren Weiterentwicklungen – beispielsweise die Befreiung von Schulgeld und die Vereinfachung von Übergängen.

Die vom Alliierten Kontrollrat geforderte Akademisierung der Lehrerbildung auch für den Volksschuldienst kam in Bayern nur zögerlich in Gang. Erst Ende der 1950er Jahre schufen Untersuchungen des „Deutschen Ausschusses für Erziehungs- und Bildungswesen“, der 1953

auf Initiative des Bundesinnenministeriums und der Kultusministerkonferenz gegründet worden war, die Grundlage für eine Anpassung des Elementaren Bildungswesens an die gesellschaftlichen Realitäten der modernen Bundesrepublik. Zielsetzung des „Rahmenplans zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens“ von 1959 war es vor allem, „Begabungsreserven“ in der Bevölkerung zu mobilisieren. Dies sollte durch eine Aufwertung der Oberstufe der Volksschule mit Einführung eines 9. und später 10. Schuljahres, der mehrzügigen, den Begabungen angepassten Ausbildung unter Einbeziehung einer Fremdsprache und der Arbeitslehre erreicht werden. Diese Ausbildung sollte auch die Perspektive des Schularwechsels an eine Mittelschule (für die sich nun die Bezeichnung Realschule durchsetzte), an ein siebenjähriges Gymnasium (bzw. bis 1965 an eine Oberrealschule) oder auch an ein neunjähriges humanistisches Gymnasium ermöglichen.

Akademisierung der Lehrerbildung: Pädagogische Hochschulen werden gegründet (1958)

Eher als die weitreichenden Reformpläne des Schulwesens fand die Erkenntnis, dass der Volksschullehrerberuf einer akademischen Ausbildung bedurfte, politische Akzeptanz. Damit waren die Voraussetzungen für die Gründung spezieller Hochschulen gegeben – in Bayern wie in den meisten Bundesländern wurden ab 1958 Pädagogische Hochschulen (PH) eingerichtet. Die PHs lösten die Institute für Lehrerbildung ab und wurden den bayerischen Landesuniversitäten zugeordnet. Die Immatrikulation der Studierenden erfolgte an den Universitäten. Darüber hinaus agierten die PHs weitgehend selbstständig und waren explizit nicht nur als Lehr- sondern auch als Forschungseinrichtungen in den Erziehungswissenschaften ausgewiesen.

Das bayerische Lehrbildungsgesetz vom 14. Juni 1958 legte die Ausbildung für den Volksschuldienst als sechssemestriges Studium an den Pädagogischen Hochschulen fest. Der Studienplan sah vor, dass nach dem Ersten Staatsexamen eine eineinhalbjährige Probezeit an der Schule folgte, die mit einem Zweiten (schulpraktisch orientierten) Staatsexamen abschloss. Diese Ausbildung war noch weit von der Gymnasiallehrausbildung entfernt, für die die Kultusministerkonferenz bereits 1954 den Rahmen festgelegt hatte, nämlich das wissenschaftliche Studium von zwei Fächern, begleitet von einer pädagogischen Ausbildung und studienbegleitenden Praktika. Nach dem Ersten Staatsexamen erfolgte die praktische Einweisung in den Schulbetrieb in an speziellen Schulen eingerichteten Studienseminaren und Einsatzschulen, die mit dem Zweiten Staatsexamen abgeschlossen wurde.

Mit der Errichtung der Pädagogischen Hochschulen erhielten bayerische Volksschullehrer und -lehrerinnen erstmals eine akademische Ausbildung. Durch diese höhere Bildung verbesserte sich zwar ihr soziales Prestige, allerdings wurden sie nicht wie die Gymnasiallehrer und -lehrerinnen in die höhere Beamtenlaufbahn, sondern in den mittleren Dienst eingegliedert – vier Besoldungsstufen unterhalb der Einstiegsbesoldung des Gymnasiallehrers. Begründet wurde dies mit der geringeren Qualifikation und der stärker musisch-künstlerisch ausgerichteten Lehre an den Pädagogischen Hochschulen. Die Ausbildung und Besoldung orientierte sich dabei nicht an den beruflichen Erfordernissen, sondern an einem Berechtigungsprinzip. Da die Volksschule die Schülerinnen und Schüler geringer qualifizierte als Realschule und Gymnasium, benötigten die Volksschullehrkräfte vermeintlich auch nur eine geringere Qualifikation und erhielten dementsprechend eine geringere Besoldung – so der gesellschaftspolitisch weit- hin akzeptierte Duktus.

Die Akademisierung der Ausbildung bedeutete dennoch eine deutliche Aufwertung des Volksschullehramts im Eigenbild und in der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Nicht nur aus diesem Grund stieg die Nachfrage nach Studienplätzen. Auch der Bedarf an Volksschullehrern wuchs stark an. Die konfessionelle Bindung des Schulwesens und der Lehrerbildung war in

Bayern 1946 wieder eingeführt worden und das bayerische Schulorganisationsgesetz von 1950 hatte das „Prinzip der gemeindeeigenen Schule“ festgeschrieben. Beides führte zur Wiedererstehung von Zwergschulen – insbesondere im ländlichen Raum. Durch die „geburtenstarken Jahrgänge“ wuchsen die Klassen außerdem wieder stark an. Die neuen Pädagogischen Hochschulen sahen sich also mit einem steigenden Bedarf an Studienplätzen konfrontiert.

Die Pädagogische Hochschule Bamberg

Die Bamberger Pädagogische Hochschule war der Universität Würzburg zugeordnet und wurde am 1. August 1958 in den Räumen der Sternwartstraße eröffnet. Geleitet wurde sie von

- Dr. Walter Klose (1958–1959, Pädagogik und Didaktik),
- Dr. Michael Arneth (1959–1962, Katholische Religionspädagogik),
- Dr. Matthias Schuster (1962/63, Pädagogik und Didaktik),
- Professor Dr. Marian Heitger (1963/64, Pädagogik und Geschichte der Pädagogik),
- Professor Dr. Heinrich Beck (1964–1966, Philosophie),
- Professor Dr. Michael Arneth (1966–1968, Katholische Religionspädagogik),
- Professor Dr. Paul Hastenteufel (1969/70, Pädagogik),
- Professor Dr. Hartwig Schröder (1971/72, Psychologie).

Der Unterricht war zu Beginn, im Wintersemester 1958/59, in die folgenden Gruppen unterteilt:

- Wissenschaftliche Gruppe, bestehend aus Pädagogik einschließlich Geschichte der Pädagogik, Allgemeine Didaktik, Religionslehre und -pädagogik, Philosophie, Psychologie, Heimat-, Volks- und Staatsbürgerkunde.
- Schulpraktische Gruppe, bestehend aus Didaktik des Grundschulunterrichts, des Deutschunterrichts einschließlich der Jugendschriftkunde u.a., des Rechenunterrichts, des Sachunterrichts, weltanschaulich bedeutsamer Fächer, Didaktik des Fachunterrichts, halbtägiges Schulpraktikum.
- Musische Gruppe, bestehend aus Leibeserziehung einschließlich Schulhygiene, Sprech-erziehung, Musik, Zeichnen, Werken, Nadelarbeit für Studentinnen.

Der Lehrkörper bestand aus sieben hauptamtlichen Dozenten (davon waren zwei Stellen unbesetzt), 14 nebenamtlichen Dozentinnen und Dozenten sowie zwölf Ausbildungsklassenlehrerinnen und -lehrern.

Vor dem Hintergrund steigender Studierendenzahlen reichten die Räumlichkeiten in der Sternwartstraße bald nicht mehr aus. Als Notlösung wurden Schulräume in anderen Bamberger Schulen und der kleine Zentralsaal am Schillerplatz mitbenutzt. Ein weiterer, dauerhafter Standort wurde das Hochzeitshaus in der Austraße. Schließlich wurde ein Neubau für die PH in der heutigen Feldkirchenstraße projektiert, der 1966 bezogen werden konnte und für die Linderung des Raumproblems sorgte.

Anlässlich der feierlichen Einweihung des modernen Hochschulgebäudes am 4. Februar 1966 wurde die Zahl der aktuell Studierenden mit 322 bekanntgegeben, ausgelegt waren die neuen Räume inklusive der Labors für eine Kapazität von 450 Studierenden. Zum Lehrkörper gehörten vier habilitierte Professoren, ein Honorarprofessor sowie zwölf hauptamtliche und 14 nebenamtliche Lehrpersonen. Hinzu kamen zwei wissenschaftliche Angestellte und 37 Ausbildaungslehrer und -lehrerinnen.

Der Umzug der Bamberger Pädagogischen Hochschule fiel in den Zeitraum einer weitgehenden Reform der Volksschule. Die bisherige Oberstufe der Volksschule sollte als weiterführende Schule konzipiert werden. Diese Abkehr von der volkstümlichen Bildung zielte auf eine Hebung der Bildung in allen sozialen Schichten durch wissenschaftlich fundierten Unterricht mit der Stärkung der Mathematik, der Naturwissenschaften und der Arbeitslehre. So entstand Mitte der 1960er Jahre mit der Hauptschule eine neue Schulart.



Besichtigung des Baufeldes für den Neubau der Pädagogischen Hochschule Bamberg (heute Feldkirchenstr. 21) am 17.04.1959 durch Dr. Kaiser, [...], Dr. Walter Klose, Staatssekretär Dr. Fritz Staudinger, Joseph Neundorfer (MdL), Dr. Theodor Mathieu (Oberbürgermeister), Dr. Schrettenseger (Regierungsdirektor im Kultusministerium), Hans Geßner (Regierungsbaudirektor, Leiter des Landbauamts Bamberg) (v.l.n.r.) (Universitätsarchiv Bamberg)

Die Auswirkungen der Konkurrenzsituation zum Ostblock, manifestiert im „Sputnik-Schock“ von 1957, zum westlichen Ausland und zunehmend auch zu aufsteigenden asiatischen Volkswirtschaften – allen voran Japan – führte zu weiteren Anstrengungen im Ausbau des deutschen Bildungssystems. Nicht nur durch Hochschulneugründungen, sondern auch im Ausbau der Schulen sollten die Qualifikationsvoraussetzungen für eine konkurrenzfähige Wirtschaft im oberen Segment der Weltwirtschaft gesichert werden. Einen prägnanten Ausdruck der Lage fand sich in dem legendär gewordenen Zwischenruf zur „Bildungskatastrophe“ von Georg Picht im Jahr 1964.

Auch die Mentalität der Bevölkerung gegenüber der Bildung änderte sich im Zuge des wachsenden Wohlstands und der starken Abwanderung der Beschäftigten aus dem ländlich geprägten Wirtschaftssektor in den städtisch geprägten industriellen Bereich und den Dienstleistungssektor. Das „kulturelle Kapital“, also die Abschlüsse und Bildungstitel, wurde in einer unter rasantem Modernisierungsdruck stehenden Industriegesellschaft zum wichtigsten Schlüssel der materiellen Daseinsvorsorge. Aufgrund der durchgreifenden Umstrukturierung der Erwerbswelt mit ihrem hohen Anspruch an geistige und räumliche Mobilität wurden die traditionelle korporative und familiäre Daseinsvorsorge in den Hintergrund gedrängt, die





Vorherige beiden Seiten:

Grundsteinlegung für den Neubau der Pädagogischen Hochschule, 20.07.1962, Fotos Emil Bauer (Universitätsarchiv Bamberg)

persönliche formale Qualifikation trat dagegen in den Vordergrund. Bildungskritische Vorbehalte, wie sie in den historischen agrarischen Gesellschaften populär waren, wurden zum sozialen Risikofaktor – auch durch den rasanten Rückgang von Beschäftigungsmöglichkeiten mit geringer oder fehlender allgemeiner Bildung und Qualifikation.

Dieser neue Wert der Bildung und die Qualifikationsziele und -notwendigkeiten der allgemeinbildenden Schulen machten nicht nur eine vollständige Akademisierung der Ausbildung von Grund- und Hauptschullehrerinnen und -lehrern nötig, sondern hoben in der Folge auch das Sozialprestige des Lehramts an allgemeinbildenden Schulen, das mit einer deutlichen Erhöhung der Besoldung anfangs der 1970er Jahre einherging. Zwar blieb die Eingangsbesoldung in Bayern am oberen Ende des gehobenen Dienstes, aber ein Aufstieg in Verwendungen im höheren Dienst wurde zumindest im Bereich der Schulaufsicht möglich, ohne dass die Schulart gewechselt werden musste. Diese Entwicklung war allerdings zu einem nicht geringen Maße auch dem Lehrermangel in den 1960er Jahren geschuldet. In Bezug auf die Berufstätigkeit von Frauen führte dies dazu, dass der Beruf der Lehrerin – zumindest bis zur Eheschließung oder der Geburt des ersten Kindes – in der noch weitgehend patriarchalisch orientierten Gesellschaft der 1960er Jahre eher Anerkennung fand als die Berufsausübung in anderen akademischen Berufen durch Frauen.

VI. *Lyzeum und Philosophisch-Theologische Hochschule Bamberg (1803–1972)*

Parallel zu den Institutionen der Lehrerbildung bestand in Bamberg mit dem Lyzeum, das 1923 in Philosophisch-Theologische Hochschule (PTH) umbenannt wurde, eine akademische Einrichtung, die als Nachfolger der älteren Universität fungierte, jedoch nicht die vollen akademischen Rechte besaß. Die Gründungen der Pädagogischen Hochschulen wurden von den PTHs in Bayern daher als ernstzunehmende Konkurrenz wahrgenommen, insbesondere da die Studierenden der PHs an den jeweils übergeordneten Universitäten als vollwertige Studierende eingeschrieben waren, während die PTHs regelmäßig um ihre gleichrangige Anerkennung als wissenschaftliche Hochschulen kämpfen mussten.

Das Wesen des Lyzeums unterlag im 19. Jahrhundert starken Wandlungen und sein Status war mehrfach Gegenstand heftiger Debatten. Jedoch konnten die Lyzeen auch in Krisenzeiten und vor dem Hintergrund vielfältiger hochschulrechtlicher Veränderungen ihren Fortbestand behaupten. Schließlich sicherte König Ludwig I. am 8. Mai 1830 den Fortbestand der Lyzeen als Universitätssatzbildungsstätten zu. Das „organische Statut“ der bayerischen Lyzeen vom 30. November 1833 bestimmte, dass die dortige Ausbildung universitär und der Zugang nur mit einem guten Gymnasialabschluss möglich sei. Lyzealprofessoren galten dem Status nach als außerordentliche Professoren an Universitäten. Eine Ministerialentschließung vom 13. November 1849 verfügte die Anpassung der Systeme von Universität und Lyzeum mit Übertrittsmöglichkeiten. Am 30. Juni 1892 wurden Lyzealprofessoren und Universitätsprofessoren gleichgestellt und in ordentliche und außerordentliche eingeteilt. Damit war die von Kultusminister Ludwig August von Müller am 1. Juli 1891 definierte Festlegung der bayerischen Lyzeen als Spezialhochschulen vorrangig für die Ausbildung katholischer Priester umfänglich realisiert. In der grundlegenden Revision der bayerischen Lyzealsatzungen von 1891 zeichnete sich deren Umbenennung in „Philosophisch-Theologische Hochschule“ bereits ab. Schließlich wurde mit einer Ministerialbekanntmachung vom 9. Dezember 1923 der bisherige Name Lyzeum endgültig durch Philosophische-Theologische Hochschule (PTH) ersetzt.

- * Die zwei ersten Herrn Candidaten dieses Curſus erzielten in Gemüßheit der allerhöchſten Verordnungen Preiſe - Diplome.
** Die Anzahl der bei dem Beginnen des Studienjahres 1832/33 immatriculirten Herrn Candidaten der Theologie war 81.

B.
Philosophiſche Sektion.
Vorleſungen

über die durch die allerhöchſten Verordnungen als nothwendig bezeichneten Lehrſächer.

1. Herr Profeſſor Dr. Auguſt Rehbart b. Herneß trug vor:
Philologie: Antiquae von Sophocles R. 288 - 922, im Winterſemſter für den 2ten philoſophiſchen Curſus, in 6 wöchentlichen Stunden.
- II. Herr Profeſſor Dr. Thomas Rudhart
2. Bayeriſche Geſchichte nach Vöſtinger, im Winterſemſter, und zu Anfang des Sommerſemſters
3. Statiſtik des Königreichs Bayern nach J. J. Rudhart's Zuſtand des Königreichs Bayern 3 Bände, mit Rückſicht auf die neuſten Veränderungen, im Sommerſemſter, — für den 2ten philoſoph. Curſus in 6 wöchentlichen Stunden.

- III. Herr Profeſſor Dr. Adam Martinec
4. Praktiſche Philoſophie: a) Speculative Religionslehre, b) Eriſis, c) Rechts- und Staatslehre, d) Aethetik nach eigenen Heften.
5. Geſchichte der Philoſophie nach Kierner's Handbuche.
6. Pädagogik und Didaktik mit beſonderer Rückſicht auf die Elementarſchule nach eigenen Heften. Beſchäftigung waren Disputationen, Disputationen und ſchriftliche Uebungen mit dem Vortrage verbunden, in 6 wöchentlichen Stunden.

Dieſelbe leiſt im letzten Theile den Unterricht in den orientaliſchen Sprachen fort: a) Arabiſche Sprache nach Oberleitner's Fundamenta die Syntaxis, und die Uebung des Uebersetzens hinten die Tabari's Iſtman, und R. Saadiah Gaon's arabische Uebersetzung des Iſaias, — Theil nahmen die Herren Theologen: Deneſfeld, Mayer, Deſterreicher, Reus. — b) Griechiſche Sprache nach Oberleitner's Grammatik. Aus der Peſchito wurde Matth. XXVI. ins Deutsche und Griechiſche überſetzt und analysirt. Theil nahmen nebst den erſt genannten Hr. Epſtein und Hr. Moritz. — Als Exerz trug beſelbe in den beiden Semestern über Enchiridion und Methodologie der Gymnaſiaſtiken vor, ließ aber Schulgegenſtände wöchentlich eine ſchriftliche Aufgabe in lateiniſcher Sprache fertigen, und leitete die

praktiſchen Arbeiten der Schulhalens ſeiner Zuhörer an Schülern der latin. Schule, wöchentlich 3 Stunden.

- IV. Kugens. Director und Prof. Dr. Conrad Rüttinger
7. Physik nach eigenen Heften, im Winter- und Sommerſemſter für den 2ten philoſophiſchen Curſus, wöchentlich 6 Stunden.
8. Chronometrie und mathematiſche Geographie nach Vöſte, im Sommerſemſter wöchentlich 2 Stunden.
9. Mathematik: a) Lehre von den Kegelschnitten, b) Anfangsgründe der Differential- und Integralrechnung, nach eigenen Heften und nach Magold, im Winter- und Sommerſemſter, wöchentlich 5 Stunden.

Ueberdies beſuchten im Sommerſemſter die Herren Candidaten des 2ten philoſophiſchen Curſus regelmäßig an Sonn- und Feiertagen nach demſelben Gutedienſte das ſehr reichhaltige Mineralienkabinet der dieſigen Studienanſtalt, und Herr geiſtl. Rath und Profeſſor Lindner ſicherte durch Verleihe guter und geeigneter Exemplare die nachwiſſenſchaftliche Ausbeute der Candidaten ſehr reichlich.

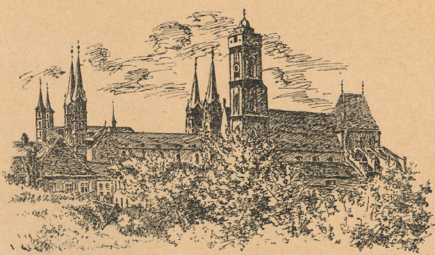
Verzeichniß der Herren Candidaten der Philoſophie.
Zweiter Curſus.

Namen.	Alter	Geurtsort.	Namen.	Alter	Geurtsort.
1. Hr. Johann Reich	20	Nürnberg.	18. Hr. M. Dierck, S.	23	Pöhlendorf.
2. Hr. Callius Zapf	20	Indheimstadt.	19. - Michael Kuefer	23	Kleinſchmiedt.
3. Hr. Joh. Alenſter	19	Oberſchöfen.	20. - Joh. Krenninger	20	Hainſen.
4. Hr. E. J. J. J. J.	20	Indheimstadt.	21. - Johann Krenninger	21	Hainſen.
5. Hr. E. J. J. J. J.	20	Indheimstadt.	22. - Johann Krenninger	22	Hainſen.
6. Hr. Carl Stang	19	Durgbach.	23. - Johann Krenninger	23	Hainſen.
7. Hr. Carl Stang	19	Durgbach.	24. - Johann Krenninger	24	Hainſen.
8. - J. J. J. J. J.	20	Indheimstadt.	25. - Johann Krenninger	25	Hainſen.
9. - J. J. J. J. J.	20	Indheimstadt.	26. - Johann Krenninger	26	Hainſen.
10. - J. J. J. J. J.	20	Indheimstadt.	27. - Johann Krenninger	27	Hainſen.
11. - J. J. J. J. J.	20	Indheimstadt.	28. - Johann Krenninger	28	Hainſen.
12. - J. J. J. J. J.	20	Indheimstadt.	29. - Johann Krenninger	29	Hainſen.
13. - J. J. J. J. J.	20	Indheimstadt.	30. - Johann Krenninger	30	Hainſen.
14. - J. J. J. J. J.	20	Indheimstadt.	31. - Johann Krenninger	31	Hainſen.
15. - J. J. J. J. J.	20	Indheimstadt.	32. - Johann Krenninger	32	Hainſen.
16. - J. J. J. J. J.	20	Indheimstadt.	33. - Johann Krenninger	33	Hainſen.
17. - J. J. J. J. J.	20	Indheimstadt.	34. - Johann Krenninger	34	Hainſen.

Jahresbericht von Lyzeum und Gymnasium Bamberg, 1835, S. 6/7: mit Hinweisen auf die Lehre von Prof. Dr. Martinet zu „Gymnasialstudien“, „Schulgegenständen“ und darauf, dass er „die praktischen Arbeiten des Schulhal- tens seiner Zuhörer an Schülern der latin. Schule, wöchentlich 3 Stunden“ leitete. (Universitätsarchiv Bamberg)

An der Bamberger Philosophisch-Theologischen Hochschule hatten die Nationalsozialisten den Lehrbetrieb zwar am 9. Oktober 1939 einstellen lassen, aber nachdem die Bildungseinrichtung den Alliierten als politisch unbelastet galt, nahm sie ihren Lehrbetrieb – ähnlich wie die Institutionen der Lehrerbildung – bereits am 21. Oktober 1945 wieder auf. Da Kriegsheimkehrer, die als Soldaten nicht studieren konnten, einen großen Nachholbedarf an akademischer Bildung hatten, über drei Millionen Flüchtlinge nach Bayern gezogen waren und die Universität Würzburg fast vollständig, die Universität München erheblich zerstört waren, bat das Kultusministerium mit Zustimmung der Universitätsrektoren die Philosophisch-Theologischen Hochschulen Bamberg und Regensburg um die zusätzliche Aufnahme von Studierwilligen. In der Philosophischen Fakultät der PTH Bamberg kamen zu den klassischen Fächern neue Bereiche für Naturwissenschaften sowie Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften hinzu. Damit lag im Lehrangebot längst kein Schwerpunkt mehr auf der Ausbildung katholischer Priester. Die PTH Bamberg übernahm mit diesem Angebot in zunehmendem Maße die Aufgaben einer Universität, ohne jedoch deren Status innezuhaben. Die staatlichen und akademischen Abschlüsse, beispielsweise auch für das höhere Lehramt, mussten an den Landesuniversitäten abgelegt werden, wobei die ersten Fachsemester des Studiums an einer PTH angerechnet wurden. Rektor Benedikt Kraft (1888–1963, Rektor von 1937 bis 1955) bemühte sich daher seit 1947 vehement um die Anerkennung der PTH als vollwertige wissenschaftliche Hochschule und um die Wiedergründung der Universität Bamberg. Insbesondere die Wiedererlangung des Promotions- und Habilitationsrecht war ein wichtiges Ziel. Das erregte unmittelbar Unmut in akademischen, politischen und kirchlichen Kreisen in Würzburg, die um den Fortbestand des Universitätsstandorts fürchteten und dies öffentlich kundtaten.

Doch Bamberg war eine erfolgreiche akademische Ausbildungsstätte und ein beliebter Studienort. Und so begann ab 1947 die Diskussion um die Gründung einer vierten Landesuniversität (neben Würzburg, Erlangen-Nürnberg und München). Parallele Initiativen entstanden



Der Kampf um die vierte Landesuniversität

*Eine Stellungnahme
des Bamberger Universitätsbundes*

in Regensburg, das sich ebenfalls um den Standort einer vierten Landesuniversität bemühte. Zunächst war eine Kooperation von Bamberg und Regensburg in der Diskussion. Nicht nur in den Nachbaruniversitäten, sondern auch in der Politik regte sich heftiger Widerstand. Die Gegner des Ausbaus Bambergs zum Universitätsstandort setzten sich zunächst durch – auch gegenüber den Befürwortern einer „Ostuniversität“ Bamberg aus den Reihen der Heimatvertriebenen und der Professorenschaft der Philosophisch-Theologischen Hochschule. Mit einem Beschluss des Bayerischen Landtags vom 18. Juli 1962 wurde schließlich die Universität Regensburg gegründet. Die PTH und die PH Bamberg blieben zunächst weiterhin parallel bestehen.

„Der Kampf um die vierte Landesuniversität“, eine Stellungnahme des Bamberger Universitätsbunds, 1949 (Universitätsarchiv Bamberg)

VII. Von der Pädagogischen Hochschule über die Gesamthochschule zur Universität (1964–2007)

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den 1960er und 1970er Jahren hatten auch die bayerische Bildungslandschaft stark verändert und somit die beruflichen Anforderungen an die Lehrerschaft. Das Schulverbandsgesetz von 1961 begünstigte die Zusammenlegung von Zwergschulen auf dem Land und die Errichtung von Schulzentren. Am 7. Juli wurde das Konfessionsprinzip im bayerischen Bildungswesen per Volksentscheid abgeschafft und im darauffolgenden Jahr die Schulpflicht auf neun Jahre heraufgesetzt. Die Hauptschule wurde in Jahrgangsklassen eingeteilt und führte in mehreren Zügen zu einem ausdifferenzierten Abschluss mit gehobener Qualifikation. Die weitreichenden Veränderungen im Schulwesen betrafen auch die Institutionen der Lehrerbildung. Über die Teilnahme an zwei Kommissionen, die vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus eingesetzt worden waren, waren die Ausbildungsstätten an diesen Prozessen beteiligt, nämlich an der „Bayerische(n) Hochschulplanungskommission“ (1971) und dem „Strukturausschuss für den Ausbau der Pädagogischen Hochschulen in Bayern“, der 1969 seine Empfehlungen vorgelegt hat. Zur Verbesserung der Situation der Lehrerbildung wurde zunächst die Strategie verfolgt, die Pädagogischen Hochschulen aufzuwerten, indem ihnen die vollen akademischen Rechte, vor allem das Promotions- und das Habilitationsrecht, zugebilligt wurden. Eine andere Strategie, die insbesondere vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) verfolgt wurde, bestand darin, die PHs vollständig in die Universitäten zu integrieren und dadurch vor allem eine bessere Fachausbildung der künftigen Volksschullehrerinnen und -lehrer zu ermöglichen. Die Verfechter dieser Strategie setzten sich schließlich durch und so wurden per Beschluss des Landtags die 1958 gegründeten Pädagogischen Hochschulen Bayerns im Jahr 1972 in die Universitäten integriert.

Die Integration der PHs in die Universitäten stand auch im Zusammenhang mit der Reform der Lehrerbildung, die auf Rahmenvereinbarungen der Kultusministerkonferenz im Jahr 1970 fußte und 1971 als Konzept in den „Dillinger Papieren“ für Bayern vorgelegt wurde. Ursprüng-

lich geplant war die integrierte Ausbildung aller Lehrämter in Form von Stufenlehrämtern (nach den Altersstufen der kindlichen und jugendlichen Bildungsentwicklung gegliedert). Das Modell des Stufenlehrers übernahm Bayern nicht, das Konzept der integrierten Ausbildung der Lehrämter in den Unterrichtsfächern hingegen schon – mit Ausnahme spezifischer Anforderungen bestimmter Schularten, beispielsweise der Grundschulpädagogik und -didaktik.

Gründung der Gesamthochschule Bamberg (1972)

In Bamberg wurden im Zuge dieser Entwicklung die Pädagogische Hochschule und die Philosophisch-Theologische Hochschule 1972 zur neuen Gesamthochschule (GH) zusammengeführt. Die Gesamthochschule war den bayerischen Landesuniversitäten rechtlich gleichgestellt und sollte der Erprobung des Konzepts Gesamthochschule im Freistaat dienen. An der GH Bamberg war damit ab 1972 das Lehramtsstudium für alle gängigen Schularten möglich. Die vorige Zugehörigkeit der PH zur Universität Würzburg war dadurch beendet. Fortan änderte sich die Entwicklung der Lehrerbildung von einer, die durch institutionelle Veränderungen gekennzeichnet war, hin zu einem Studienangebot innerhalb der Universität.

Dieser Entwicklung waren langjährige Bemühungen der akademischen Einrichtungen sowie der Stadt Bamberg zur Wiedergründung der Universität in Bamberg vorangegangen. Vor allem der unermüdliche Einsatz der Leitung und der Studierenden der PTH sowie Reformvorschläge aus der PH brachten die Diskussion wieder in Gang. Unter Einbeziehung von Professorinnen und Professoren der PH und der PTH, von Landtags- und Bundestagsabgeordneten, Mitgliedern des bayerischen Senats und der Stadt Bamberg entstand eine wohlbegründete Bewerbung der Stadt Bamberg um „Aufnahme in die Universitäts- und Hochschulplanung des Freistaats Bayern“, die Oberbürgermeister Dr. Theodor Mathieu Ministerpräsident Dr. Alfons Goppel am 20. Oktober 1969 vorlegte. Dieser Vorstoß zur Wiedererrichtung einer Universität in Bamberg war akribisch geplant und von flankierenden Maßnahmen wie der Einrichtung eines Kuratoriums und der Vorlage von Plänen, die den Hochschulausbau zur Universität in Verbindung mit der Altstadtanierung und dem Denkmalschutz vorsahen, begleitet. Entscheidend war die Gewinnung der CSU (auf dem Parteitag am 4. Juli 1970) und des Kultusministers Dr. Ludwig Huber. Die konzertierten Aktivitäten entwickelten ein Momentum, das durch innere und äußere Widerstände zwar gestört, aber nicht mehr ausgebrems werden konnte, zumal es eine sehr engagierte und starke Unterstützung durch die Studierenden für den Universitätsstandort Bamberg gab.

Professor Dr. Paul Hastenteufel, Vorstand der PH und Inhaber des Lehrstuhls für Pädagogik, hatte ein ausführliches Strukturmodell für eine „Erziehungswissenschaftliche Universität“ entwickelt. Sie sollte berufsorientiert für den „tertiären Dienstleistungssektor mit pädagogischer Funktion“ sein, d.h. Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten, Referentinnen und Referenten für die Jugendarbeit und die Erwachsenenbildung etc. ausbilden und damit neben dem Lehramt auch die Diplom-Pädagogenausbildung auf-



*Prof. Dr. Paul Hastenteufel (1932–1987)
(Universitätsarchiv Bamberg)*

nehmen. Das Modell verfolgte das Konzept einer integrierten Gesamthochschule, jedoch mit der Bezeichnung Universität. Am 16. Juli 1970 beschloss der Bayerische Landtag zusammen mit der Errichtung der Universitäten in Bayreuth und Passau den Ausbau der Bamberger Hochschulen zu einer Teiluniversität mit geisteswissenschaftlicher Ausrichtung. In einer öffentlichen Erklärung erläuterte Kultusminister Dr. Hans Maier am 25. Juni 1971 die Pläne der Staatsregierung. Aufgrund der in Aussicht stehenden Förderung durch den Bund sollte die neu zu gründende Hochschule die Bezeichnung „Gesamthochschule“ tragen, die auch im Hochschulrahmengesetz so vorgesehen war. Das Konzept der integrierten Gesamthochschule wurde auch verfolgt, da die anstehenden Novellen des Hochschulrahmengesetzes und des bayerischen Hochschulgesetzes für die Gesamthochschulen einen besonderen Stellenwert in der deutschen Hochschulreform erwarten ließen. Das Bamberger Vorhaben lässt sich also nicht nur vor dem Hintergrund bayerischer Entwicklungen betrachten, sondern steht auch im Kontext der bundesweiten Expansion der Hochschulbildung und der mit ihr verbundenen Universitäts- bzw. Gesamthochschulneugründungen.

Der Bayerische Landtag verabschiedete am 25. Juli 1972 das Gesetz zur Errichtung der Gesamthochschule Bamberg, das am 1. August 1972 in Kraft trat. In das Rektorat der Gesamthochschule wurden Professorin Dr. Elisabeth Roth (1920–2010, Landes- und Volkskunde), bisher Rektorin der Pädagogischen Hochschule und erste Frau in dieser Position, und Professor Dr. Othmar Heggelbacher (1912–1997, Kirchenrecht), bisher Rektor der Philosophisch-Theologischen Hochschule, bestellt. Im Wesentlichen folgte das Gesetz dem Konzept des Kultusministeriums.



*Prof. Dr. Elisabeth Roth
(1920–2010)*



*Prof. Dr. Othmar Heggelbacher
(1912–1997), Rektorat der
Gesamthochschule Bamberg
(Universitätsarchiv Bamberg)*

Zu den zentralen Aufgaben der Gesamthochschule Bamberg gehörte die Ausbildung des Lehrpersonals für Grund- und Hauptschulen – auch mit Schulpsychologie, für Realschulen und Gymnasien, die Ausbildung katholischer Priester, Seelsorgehelfer und Katecheten sowie ein Studienangebot für Sozialpädagogik. Für die Lehrämter an weiterführenden Schulen sollte das Bamberger Angebot in Abgrenzung zur naturwissenschaftlich-technischen Ausrichtung der Universität Bayreuth jedoch auf geisteswissenschaftlich geprägte Unterrichtsfächer beschränkt bleiben. Für die vertieften Lehrämter waren daher Kombinationen mit den sogenannten MINT-Fächern (Fächer der Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) nicht möglich. Organisatorisch entstand die Gesamthochschule aus der Zusammenlegung der Philosophisch-Theologischen Hochschule und der Pädagogischen Hochschule sowie der Integration der neu zu gründenden Fachhochschulen für Sozialpädagogik und Katechetik.

Für den Fachbereich Erziehungswissenschaften wurden neue Lehrstühle geschaffen. Auf den Lehrstuhl für Schulpädagogik wurde am 1. April 1973 der spätere Rektor und Präsident Professor Dr. Siegfried Oppolzer (1929–2005) berufen und auf den Lehrstuhl für Elementarpädagogik Professor Dr. Louis Erler. Ein Jahr später wurde mit Professor Dr. Horst Weigelt der Lehrstuhl für Evangelische Religionslehre und Religionspädagogik besetzt. 1975 wurde an der GH Bamberg und damit erstmals in Bayern ein Lehrstuhl für Erwachsenenbildung genehmigt, auf den Professor Dr. Werner Faber 1976 berufen wurde.

Am 1. Oktober 1977 trat die Novelle des bayerischen Lehrerbildungsgesetzes von 1974 in Kraft. Es umfasste die Ausbildung aller Lehrämter und regelte, dass das Lehramt für Volksschulen abgeschafft und an dessen Stelle die Lehrämter für Grundschulen und für Hauptschulen eingesetzt wurden. In Bamberg ebneten sowohl das neue Lehrerbildungsgesetz als auch die Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Gesamthochschule Bamberg vom 27. Juni 1977, das nur noch eine allgemeine Bestimmung enthielt, dass in Bamberg Studiengänge mit vorwiegend geisteswissenschaftlichen Schwerpunkten errichtet werden sollten, den Weg zur Einrichtung des Studienfachs Lehramt an Beruflichen Schulen/Fachrichtung Sozialpädagogik. Vertreten wurde das Fach seit 1978 vom Lehrstuhlinhaber Professor Dr. Claus Mühlfeld.

Der Niederschlag der „neuen Lehrerbildung“ im bayerischen Hochschulrecht verlangte auch die Errichtung einer „Ständigen Kommission für Lehrerbildung“, die gemäß des Eingliederungsgesetzes vom 25. Juli 1972 aus vier Professoren bzw. Professorinnen, einer hauptamtlichen Lehrperson und einem studentischen Vertreter bzw. einer Vertreterin bestehen sollte. Zusätzlich konnte die Kommission Lehrerinnen oder Lehrer hinzuziehen. Zu den ersten Mitgliedern der Kommission in Bamberg gehörten Professor Dr. Paul Hastenteufel (Pädagogik), Professor Dr. Jakob Lehmann (Deutschdidaktik), Professor Dr. Josef Hepp (Kath. Religionspädagogik) sowie Professor Dr. Reinhold Ortner (Grundschulpädagogik). Zentrale Aufgaben der Kommission waren die Abstimmung der Studienordnungen der einzelnen Fächer auch auf die Anforderungen der Lehrerbildung wie sie die Lehramtsprüfungsordnung für das Erste Staatsexamen vorsah, die Koordinierung der dazugehörigen Prüfungsordnungen sowie die Überwachung der Organisation der studienbegleitenden Praktika. Dabei sollte die Kooperation sowohl mit den Seminarschulen für den Vorbereitungsdienst als auch mit den Einrichtungen der Lehrerweiterbildung – insbesondere mit der Akademie in Dillingen – sichergestellt werden. Gegenüber den Fachbereichen hatte die Kommission Entscheidungskompetenz, gleichwohl gestaltete sich die Koordinierung der Studienordnung und des angestrebten Stundenplans für die Lehramtsstudiengänge als langwierig und komplex.

Übergang zur Universität Bamberg (1979–2007)

Parallel zum Ausbau der Studiengangskoordination gewannen in den späten 1970er Jahren die Bemühungen um die Überführung bzw. Umbenennung der Gesamthochschule in Universität Bamberg politische Unterstützung. Am 10. August 1979 verabschiedete der Landtag das Gesetz zur Änderung des Namens der Gesamthochschule Bamberg. Fortan lautete der Name „Universität Bamberg“. 1988 erhielt die Universität das Recht, ihren alten Namen Otto-Friedrich-Universität wieder zu führen. Präsidenten bzw. Rektoren der Universität waren bzw. sind

- Professor Dr. Siegfried Oppolzer, Rektor bzw. Präsident von April 1976 bis März 1992,
- Professor Dr. Alfred E. Hierold, Rektor von April 1992 bis März 2000,
- Professor Dr. Dr. habil. Godehard Ruppert, Rektor bzw. Präsident von April 2000 bis September 2020,
- Professor Dr. Kai Fischbach, Präsident ab Oktober 2020.

Der wissenschaftliche Bereich der Universität bestand 1979 aus

- der Fakultät Katholische Theologie,
- der Fakultät Pädagogik, Philosophie, Psychologie,
- der Fakultät Sprach- und Literaturwissenschaften,
- der Fakultät Geschichts- und Geowissenschaften,
- der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften,
- dem Fachbereich Sozialwesen.

Im Wintersemester 1979/80 waren 2209 Studierende an der Universität Bamberg eingeschrieben, von denen 600 ein Lehramt studierten, nicht wenige unter ihnen dem Trend folgend, durch die Ausbildung zur Lehrerin oder zum Lehrer einen sozialen Aufstieg zu erreichen. Für die Lehrerbildung bestand in diesem neuen organisatorischen Zuschnitt die Herausforderung, für die fachwissenschaftliche Sichtbarkeit und Anerkennung der Lehramtsstudiengänge zu sorgen, insbesondere auch in Bezug auf die verschiedenen Fachdidaktiken, die im bayerischen Hochschulgesetz einen eigenen Stellenwert neben den Fachwissenschaften und den Humanwissenschaften bekommen hatten. In Bamberg wurde daher neben der „Gemeinsamen Kommission für Lehrerbildung“ eine weitere Kommission von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Lehrerbildung: die „Gemeinsame Kommission für Fragen der Didaktik“. Die Errichtung dieser Kommission, die aus Vertretern und Vertreterinnen der neuen Fachdidaktiken bestehen sollte, setzte 1979 ein. Die Kommission sollte sich stärker konzeptionell und fächerübergreifend mit den zentralen Fragen der Didaktik befassen als dies in der 1972 gegründeten „Ständigen Kommission für Lehrerbildung“ erfolgen konnte, die eher für organisatorische Fragen des Studienverlaufs zuständig war. Verzögerungen bei den Berufungen führten dazu, dass dieses Gremium zu Beginn nur für ad-hoc-Entscheidungen zusammentrat. Insofern fungierte die Kommission ab November 1981 als beratender Ausschuss, bis schließlich im November 1982 die ordentliche „Gemeinsame Kommission für Fragen der Didaktik“ eingerichtet wurde. Sie bestand aus sieben Professoren, zwei wissenschaftlichen bzw. künstlerischen Mitarbeitern, einem Vertreter der sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zwei Vertretern der Studierenden sowie der Frauenbeauftragten. Erster Vorsitzender der Kommission für Didaktik war Professor Dr. Dr. habil. Rainer Lachmann, seit 1979 erster Inhaber des Lehrstuhls für „Evangelische Theologie mit Schwerpunkt Religionspädagogik und Didaktik des Religionsunterrichts“.

Eine wichtige Aufgabe der einflussreichen „Gemeinsame(n) Kommission für Fragen der Didaktik“ war es, für die Etablierung der Didaktik als eigenständige wissenschaftliche Disziplin und für eine angemessene personelle Ausstattung zu kämpfen, denn in der noch jungen Universität haftete ihr der Ruf an, eine reine Methodik zu sein. Mit diesem Erbe aus Zeiten der Pädagogischen Hochschule sahen sich die Fachdidaktiken allgemein konfrontiert. Während es speziell seit den 1990er Jahren bayernweit Entwicklungen gab, die Professuren für Didaktik allmählich wieder abzubauen und sie durch Mittelbaustellen zu ersetzen, wandte sich die Bamberger Kommission entschieden gegen diese Strategie und appellierte an die Beibehaltung der Professionalisierung der Didaktik, insbesondere auch vor dem Hintergrund der sich ändernden Struktur der Schülerschaft seit den 1980er Jahren. Die Lehrerbildung musste an sich verändernde gesellschaftliche Realitäten angepasst werden, wenn Schule einen wertvollen Beitrag

zur Entwicklung einer Gesellschaft leisten sollte. Für die unterschiedlichen Schularten und Fächer galt es, diesen gesellschaftlichen Wert des jeweiligen Faches neu auszuloten und in der Fachdidaktik entsprechend umzusetzen. Der Bamberger Kommission für Fragen der Didaktik, in der neben Professoren auch wichtige Personen des Mittelbaus vertreten waren, gelang es, diesem Prozess über Fächergrenzen hinweg Gewicht zu verleihen und ihn über die Mitgliedschaft der Kommissionsvertreter in diversen Gremien der akademischen Selbstverwaltung auch in der Universität zu verankern.

Unterstützt wurden diese Aktivitäten von den verschiedenen Fachdidaktischen Gesellschaften, die in Bamberg stark vertreten waren und charakteristischerweise ebenfalls fächerübergreifend vernetzt waren. Insbesondere in den 1990er Jahren, als die Leitungen verschiedener Fachdidaktischer Gesellschaften in „Bamberger Hand“ lagen, wurde der fächerübergreifende Diskurs zwischen den Fachdidaktischen Gesellschaften zusätzlich gestärkt. Zu weiteren wichtigen Mitgliedern der Kommission in dieser Phase gehörten neben dem Vorsitzenden, Professor Dr. Dr. habil. Rainer Lachmann, Professor Dr. Dr. habil. Godehard Ruppert (Religionspädagogik und Didaktik des Religionsunterrichts an der Fakultät Katholische Theologie von 1991 bis 2000), Professor Dr. Ortwin Beisbart (Didaktik der deutschen Sprache und Literatur von 1987 bis 2005), Dr. Andreas Gmelch (Didaktik der Arbeitslehre von 1975 bis 2009), Dr. Isolde Schmidt (Didaktik der englischen Sprache und Literatur seit 1993).

In der Hochschulpolitik gelang es der Universitätsleitung mit Unterstützung der Kommission in den 1990er und 2000er Jahren, wichtige Impulse zur Stärkung der Didaktik und zur Veränderung der Strukturen des Lehramtsstudiums in Bayern zu setzen. Beispielsweise wurde die Abkehr von zu starren Curricula und die Hinwendung zu mehr individuellen, lokalen Schwerpunktsetzungen in den Lehrinhalten ermöglicht. Damit wurde die wissenschaftliche Stärkung und Profilierung der Fachdidaktiken erreicht, die so einen höheren Stellenwert im gesamten Studienverlauf bekam.



Demonstration gegen Studienreform, 1994 (Universitätsarchiv Bamberg)

Ein wichtiges Ziel der Universität Bamberg war es, die Lehrerausbildung für alle Schularten in den Blick zu nehmen, also auch jene der beruflichen Schulen. In diesem Kontext konnte die Einrichtung des Lehrstuhls für Wirtschaftspädagogik erwirkt werden. Im Sommersemester 1999 begann mit dem Studienbetrieb im neugegründeten Fach Wirtschaftspädagogik unter dem Lehrstuhlinhaber Professor Dr. Detlef Sembill die Ausbildung von Berufspädagoginnen und Berufspädagogen sowie Handelslehrerinnen und Handelslehrern. Die Studierenden konnten den Abschluss als Diplom-Handelslehrer erwerben. Seit dem Wintersemester 2001/2002 wurde das Angebot in diesem Fachbereich erweitert um den Studiengang Wirtschaftspädagogik mit Schwerpunkt Wirtschaftsinformatik. Die Initiative ging von Professor Dr. Sembill und Professor Dr. Elmar Sinz, seit 1988 Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftsinformatik, aus. Sinz war Gründungsdekan der am 1. Oktober 2001 neu gegründeten Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik. Die Lehramtsausbildung war in Bamberg damit für fünf Schularten möglich.

Eine grundlegende Umstrukturierung erfuhr die Otto-Friedrich-Universität 2007. Vor dem Hintergrund der bayernweiten Strategiediskussion, die 2004 in dem Entwurf „Vision UniBay 2010“ mündete, wurde unter Präsident Ruppert auch die Fakultätsstruktur der Universität Bamberg umgestaltet und auf nunmehr vier Fakultäten verdichtet:

- Fakultät Geistes- und Kulturwissenschaften (seit 2007),
- Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (seit 1977),
- Fakultät Humanwissenschaften (seit 2007),
- Fakultät für Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik (seit 2001).

Alle Fakultäten waren und sind in die Lehrerinnen- und Lehrerbildung eingebunden. Für das Lehramtsstudium bedeutete dies, dass das Studium stärker in die Fachdisziplinen integriert war als zuvor.

VIII. Die Lehrerbildung unter dem Einfluss des Bologna-Prozesses, der Gründung von Zentren für die Lehrerbildung und der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ (2003–2020)

Die ersten zwanzig Jahre des 21. Jahrhunderts werden – nicht nur in der Bamberger Lehrerbildung – durch vier Prozesse beeinflusst: den internationalen Prozess der Modularisierung der Lehrerbildung im sogenannten „Bologna-Prozess“, die Gründung von Lehrerbildungszentren, die Verbreiterung der Lehrerbildung auf schulische Führungskräfte sowie durch die Impulse der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Der am 19. Juni 1999 von Vertretern aus 29 Ländern unterzeichnete Bologna-Vertrag sollte ein europaweit vergleichbares und durchlässiges Bildungssystem schaffen. Vorausgegangen waren die von Europarat und UNESCO erarbeiteten Beschlüsse der Lissabon-Konferenz vom 11. April 1997 zur gegenseitigen internationalen Anerkennung von Bildungsabschlüssen sowie die von Deutschland, Frankreich, Italien und dem Vereinigten Königreich beschlossene „Gemeinsame Erklärung zur Harmonisierung der Architektur der europäischen Hochschulbildung“ vom 25. Mai 1998. Kernaspekte der Reform waren die Modularisierung der Studiengänge, der Ersatz von Abschlussprüfungen durch eine kumulative Leistungserbringung über die Dauer eines Studiengangs hinweg, sowie die Einführung eines Leistungspunktesystems (European Credit Transfer System – ECTS), das die gegenseitige Anerkennung von erbrachten Studienleistungen vereinfachen sollte. Bis 2010 bzw. 2013 sollten nationale Qualifikationsrahmen umgesetzt werden.

In Bezug auf das Lehramtsstudium traf diese Innovation in Bayern zunächst auf Zurückhaltung. Angesichts der landestypisch organisierten Schulen und der zentral durch das Kultusministerium organisierten Lehrerbildung fürchtete man eine Schwächung der Bedeutung der Kultusadministration in der Abnahme der Staatsexamina. Doch in den von der Kultusministerkonferenz am 10. Oktober 2003 beschlossenen „Ländergemeinsamen Strukturvorgaben“ hatte sich der Freistaat Bayern zur Umsetzung der Bologna-Reform verpflichtet. Mit Ausnahme des Lehramts für Berufliche Bildung hielt man in Bayern jedoch an der Ersten Staatsprüfung sowie überwiegend auch an den inhaltlichen Anforderungen der Lehramtsprüfungsordnung für die Erste Staatsprüfung (LPO I) fest, die angepasst an die Vorgaben der Modularisierung, am 13. März 2008 revidiert veröffentlicht wurde. Das zentrale Staatsexamen wurde weiterhin als Prüfungsform beibehalten, allerdings werden seither 40 Prozent der Gesamtnote der Ersten Staatsprüfung über die universitären studienbegleitenden Prüfungen eingebracht.

Die Transformation der Lehre in die modulare Struktur erfolgte in Bayern in enger Verflochtenheit mit einer weiteren wichtigen Entwicklung: die Gründung von Lehrbildungszentren. Mit dieser neuen Organisationsform wurde auf eine strukturelle Besonderheit der universitären Lehrerbildung reagiert, die letztlich aus der Überführung der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten resultierte. Während die Studiengänge an Universitäten in der Regel in einer oder zwei Fakultäten verortet sind und die disziplinäre Strukturierung der Universität in Fakultäten und Institute oder Departments damit kohärent ist, ist die Lehrerbildung eine querschnittliche Aufgabe über die gesamte Universität hinweg. Zwar war diese in der Vergangenheit in Bamberg über die Arbeit der „Kommission für Lehrerbildung“ in der universitären Landschaft repräsentiert, doch zeigte es sich, dass die Komplexität der Aufgaben andere Strukturen erforderlich machte. Die ersten Lehrbildungszentren entstanden als Querschnittstruktur in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. In Bayern wurde an der Universität Passau 2003 ein Lehrbildungszentrum zur Erprobung eingerichtet und im Bayerischen Hochschulgesetz vom 23. Mai 2006 wurde festgelegt, dass an jeder Universität, an der ein Lehramtsstudium vorgesehen war, eine zentrale Einrichtung zur Koordination der Lehrerbildung zu schaffen ist. Auf dieser Grundlage wurde mit Satzung vom 20. April 2007 das Bamberger Zentrum für Lehrerbildung (BAZL) eingerichtet und damit die „Kommission für Lehrerbildung“ aufgelöst. Aufgabe des Lehrbildungszentrums war die Koordinierung der Studiengänge und Praktika, die Organisation der Lehrerfort- und -weiterbildung sowie der Beitrag zum Theorie-Praxis-Transfer in der Region. Entsprechend fungierte das neugeschaffene BAZL als Plattform, von der aus die Modularisierung der Lehrerbildung vorangetrieben wurde. Die Mitgliedschaft im BAZL stand allen hauptamtlich in der Lehrerbildung Tätigen an der Otto-Friedrich-Universität auf Antrag offen. Die Leiterin des BAZL wurde Professorin Dr. Sibylle Rahm, Inhaberin des Lehrstuhls für Schulpädagogik, bis zu ihrer Entpflichtung im Wintersemester 2017/18. Als stellvertretender Leiter wurde bis Ende März 2018 der Geschäftsführer des BAZL, Dr. Thomas Beck, bestellt.

Das BAZL setzte am 23. Mai 2007 den Koordinationsprozess zur Vorbereitung der Modularisierung der Studiengänge für ein Lehramt an öffentlichen Schulen in Form von



Prof. Dr. Sibylle Rahm und Dr. Thomas Beck bei der Tagung Ganztagschule 2008 in Forchheim (BAZL Archiv)

einer „LPO-I-Konferenz“ in Gang. Ziel war die konsensuale Umsetzung der Modularisierung, die nach Bekanntgabe der endgültigen Fassung der LPO I am 13. März 2008 bis zum Beginn des Wintersemesters 2008/2009 erfolgte. Im Wintersemester 2008/09 moderierte das BAZL die Umstellung des Studiengangs Lehramt an Beruflichen Schulen/Sozialpädagogik auf die B.Ed.- und M.Ed.-Studiengänge Berufliche Bildung/Fachrichtung Sozialpädagogik, die sukzessive zum Wintersemester 2009/10 und zum Wintersemester 2011/12 eingerichtet wurden. Um die Studierbarkeit zu gewährleisten, wurde ab dem WS 2008/09 bei jeder Moduländerung die Überschneidungsfreiheit der betroffenen Studiengänge überprüft. Die Einführung eines B.Ed.- und M.Ed.-Abschlusses in den allgemeinbildenden Lehrämtern parallel zum Staatsexamen scheiterte jedoch an strukturellen Gründen. Insgesamt konnte am Ende des Beratungsprozesses ein universitätsweites stabiles Gerüst für die Einrichtung der neuen modularisierten Lehramtsstudiengänge umgesetzt werden.

Neben dieser Rolle im Kontext der Umstellung der Studiengänge war das BAZL bestrebt, die Bamberger Lehrerbildung im regionalen Umfeld zu profilieren. Dazu wurden Tagungen zum Theorie-Praxis-Diskurs veranstaltet, bei denen aktuelle Fragen der Lehrerbildung aufgegriffen und mit Akteuren aus Wissenschaft und schulischer Praxis ausführlich diskutiert wurden. 2015 fand der 8. Bundeskongress der deutschen Lehrbildungszentren unter dem Thema „Leadership in der Lehrerbildung“ an der Otto-Friedrich-Universität statt. Ab dem Sommersemester 2009 bot das BAZL jedes Semester Fortbildungsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer an. Neben Angeboten aus den am Lehramt beteiligten Fächern gab es Angebote für den Erwerb von Softskills wie Stimmbildung, Selbstorganisation etc., die auch den Lehramtsstudierenden offenstanden.



Eröffnung des Projekts WegE, April 2016. Präsident Prof. Dr. Dr. Ruppert, Prof. Dr. Annette Scheunpflug, Dr. Johannes Weber, Prof. Dr. Barbara Drechsel (Universität Bamberg)

Die erste Evaluation des BAZL fand am 7. Januar 2013 statt. Auf der Grundlage des Evaluationsberichts wurde das BAZL finanziell und personell besser ausgestattet.

Parallel zu diesen strukturellen Entwicklungen ließen sich konzeptionelle Erweiterungen der Lehrerbildung feststellen. Traditionell war die Lehrerbildung auf die Ausbildung von Lehrkräften

ten für die unterrichtliche Tätigkeit fokussiert. In den 1980er Jahren rückten durch die Forschungsarbeit von Professor Dr. Heinz Rosenbusch die Aufgabe, die Qualifikation und die Leistung des schulleitenden Personals in den Blick. Hiermit leistete er bundesweit Pionierarbeit auf diesem Gebiet. Professor Dr. Heinz Rosenbusch initiierte das „Bamberger Schulleitungssymposium“, das seit 1988 regelmäßig an der Otto-Friedrich-Universität durchgeführt wird. Eine Forschungsstelle für Schulentwicklung und Schulmanagement wurde 1995 gegründet und bis 2015 weitergeführt. Aus ihr gingen zahlreiche Dissertationen und Forschungsarbeiten hervor. Die Forschungsstelle kann als ein Beispiel dafür gelten, dass gewichtige Weiterentwicklungen zunehmend in Form von Projekten stattfinden. Dies ist einerseits durch Finanzierungsstrukturen bedingt, ermöglicht andererseits aber auch explorative Innovationen. Ein Master-Studiengang „Bildungsmanagement und schulische Führung“ wurde von 2012 bis 2019 mit zahlreichen Absolvierenden durchgeführt. Mit der Einführung des Masterstudiengangs „Educational Quality in Developing Countries“ im Jahr 2013, der sich an Bildungsexpertinnen und -experten aus Subsahara-Afrika wendet und durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie durch „Brot für die Welt“ mit 20 Stipendien gefördert wird, wurde das Angebot in diesem Sektor um eine internationale Komponente erweitert.

Eine weitere wichtige konzeptionelle Weiterentwicklung war im Jahr 2005 die Gründung des „Zentrums für didaktische Forschung und Lehre“ (ZDFL), das bis 2010 bestand und dann in das BAZL integriert wurde. Dieses Zentrum entstand aus einem Forschungsvorhaben des Lehrstuhls für Grundschulpädagogik (Professorin Dr. Gabriele Faust) und der Schulpädagogik (Professorin Dr. Rahm). Es sollte die Forschungsseite der Lehrerbildung stärken und fachdidaktische wie bildungswissenschaftliche Forschung stärker miteinander verzahnen. Die Erfahrungen des ZDFL flossen in weitere Projekte ein und legten die Basis für die erfolgreiche Drittmittelstrategie der folgenden Jahre.

Zwischen 2016 und 2018 wurde mit dem Projekt „Move on – Qualifizierung für eine Tätigkeit außerhalb der Schule“ Lehramtsabsolvierenden nach der Ersten Staatsprüfung ermöglicht, sich mittels gezielter Maßnahmen wie „Didaktik des Deutschen als Zweitsprache“ oder „Projektmanagement im pädagogischen Kontext“ erweiterte Qualifikationen in Bezug auf den nationalen und internationalen Arbeits- und Bildungsmarkt zu eröffnen.

2013 schrieb das Bundesministerium für Bildung und Forschung ein Förderprogramm zur konzeptionellen Weiterentwicklung der universitären Lehrerbildung aus. Ausgestattet mit einem Volumen von über 500 Millionen Euro sollten mit dieser „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ bundesweit innovative Akzente in der Lehrerbildung gesetzt und diese an die neuen Anforderungen schulischer Bildung im Kontext von Digitalisierung und den Umgang mit schulischer Heterogenität, den Anforderungen an Praktika und der berufsbezogenen Qualifikation in den Fachwissenschaften angepasst werden. Die Otto-Friedrich-Universität bewarb sich mit einem Vorhaben und war in der zweiten Antragsrunde 2015 mit dem Projekt „Wegweisen der Lehrerbildung – Entwicklung reflexiver Kommunikationsprozesse“ (WegE) (Fördervolumen von ca. 3,4 Millionen Euro) erfolgreich.

Mit dem Vorhaben WegE wurden im Förderzeitraum von 2015 bis 2019 folgende Ziele verfolgt: (1) Im Hinblick auf die geisteswissenschaftlichen Unterrichtsfächer ging es darum, eine „Vernetzung geistes- und kulturwissenschaftlicher Perspektiven zur Profilierung kulturbezogener Bildung in der Lehrerbildung“ zu leisten und in einer intensivierten Kooperation von Fachwissenschaften und Fachdidaktiken den Berufsbezug der Unterrichtsfächer im Hinblick auf kulturelle Vielfalt und Heterogenität zu stärken. (2) Es sollte die Vernetzung der bildungswissenschaftlichen Ausbildungsteile vorangebracht werden. (3) Die Stärkung der beratungsbezogenen Professionsanteile im Studium und der Kooperation mit den Schulen der Region durch ein Kompetenzzentrum Beratung wurde angestrebt. Zudem sollten (4) die Lehrämter

der Beruflichen Bildung in den Fachrichtungen Sozialpädagogik sowie Wirtschaftspädagogik profiliert werden. Diese inhaltlichen Entwicklungsziele wurden durch vier Strukturmaßnahmen flankiert: die Weiterentwicklung der universitären Lehrerfortbildung, den Aufbau einer Bildungs- und Internetplattform als zentrale Informationsmöglichkeit der Lehrerbildung, die strukturelle Weiterentwicklung des Lehrerbildungszentrums sowie die Einführung eines datengestützten, systematischen Qualitätsmanagements. Als Sprecherinnen des von 31 Professuren und Lehrstühlen der Otto-Friedrich-Universität getragenen Vorhabens wurden Professorin Dr. Annette Scheunpflug (Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik) und Professorin Dr. Barbara Drechsel (Professur für Psychologie in Schule und Unterricht) gewählt.



Die Leitungsstruktur ist kollegial aufgebaut: Das Leitungsgremium besteht aus zehn Professorinnen, Professoren und Wissenschaftlichen Mitarbeitern. (Foto: Johannes Weber/Universität Bamberg)

Im Rahmen der in diesem Vorhaben angelegten Weiterentwicklung des BAZL wurde eine neue Satzung für das Lehrerbildungszentrum mit vier Bereichen erarbeitet: „Forschung und wissenschaftlicher Nachwuchs“, „Studienkoordination und Studienmanagement“, „Schulpraktische Studien“ und „Lebenslanges Lernen und Wissenstransfer“. Die diese Bereiche jeweils leitenden zwei Personen, die an verschiedenen Lehrinhalten der Otto-Friedrich-Universität angesiedelt sind, bilden das kollegiale Leitungskollegium des Zentrums. Diese in die verschiedenen Fakultäten hinein vernetzt-

te Leitungsstruktur des Lehrerbildungszentrums verdeutlicht nicht zuletzt die universitätsweit gemeinsam getragene Verantwortung für die Lehrerbildung. Zentrale Neuerung war auch, dass die vorige freiwillige Mitgliederstruktur auf Antrag in eine automatische Mitgliedschaft aller an der Lehrerbildung beteiligten hauptamtlich an der Otto-Friedrich-Universität Lehrenden transformiert wurde, die Konzeption der Praktika an das Zentrum angebunden und der wissenschaftliche Nachwuchs der Lehrerbildung konzeptionell in den Blick genommen wurde. Auch der „Akademische Beirat“, der das Lehrerbildungszentrum in Planungs- und Entwicklungsfragen berät, wurde breiter aufgestellt, indem seither neben einem Vertreter bzw. einer Vertreterin der Universitätsleitung sowie der vier Bamberger Fakultäten fünf weitere Personen in den Beirat berufen werden, die aus den Bereichen Berufsfeld Schule, Schulverwaltung und Lehrerinnen- und Lehrerbildungsforschung stammen und bezüglich Innovationen in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung oder in der Lehrerinnen- und Lehrerbildungsforschung ausgewiesen sind. In Folge dessen wurde 2018 die Satzung des Bamberger Zentrums für Lehrerbildung (BAZL) aufgehoben und eine neue Ordnung des „Zentrums für Lehrerinnen- und Lehrerbildung Bamberg“ (ZLB) in Kraft gesetzt. Zum Sprecher des Leitungskollegiums wurde Professor Dr. Konstantin Lindner (Lehrstuhl für Religionspädagogik und Didaktik des Religionsunterrichts) gewählt. Stellvertretende Sprecherin wurde Professorin Dr. Anna Susanne Steinweg (Didaktik der Mathematik und Informatik), die im Sommersemester 2018 das BAZL interimsmäßig geleitet und dabei in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der Otto-Friedrich-Universität, Professor Dr. Dr. habil. Godehard Ruppert, sowie mit weiteren Akteuren die Neujustierung des Lehrerbildungszentrums zu einem erfolgreichen Abschluss geführt hat.

Im Jahr 2019 gelang es in der Kooperation zwischen den Teams von ZLB und WegE weitere Drittmittel einzuwerben. Damit konnte zum einen das Zentrum um die Themen „Inklusion in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung“ (Mittel des Kultusministeriums), „Digitales Lehren und Lernen“ (Mittel des Kultusministeriums), sowie „Internationalisierung der Lehrerbildung“ (Mittel des Deutschen Akademischen Auslandsdienstes DAAD) erweitert werden. Die Otto-Friedrich-Universität war überdies in der zweiten Förderphase der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ erfolgreich und konnte nochmals 3,4 Millionen Euro einwerben, um bis 2024 die Weiterführung der genannten WegE-Entwicklungsschwerpunkte um die Aspekte der Förderung der Heterogenitätssensibilität, der Entwicklung der schulischen Praktika und die Förderung der Digitalisierung zu erweitern.

2019 wurde erstmals in der Geschichte der Otto-Friedrich-Universität der „Dies Academicus“ unter das Thema „Die Zukunft der Lehrer- und Lehrerinnenbildung: Chancen und Herausforderungen“ gestellt und damit unter anderem der große Beitrag der Lehrerbildung sowohl hinsichtlich der Anzahl der Studierenden wie auch der eingeworbenen Drittmittel gewürdigt.

Ausblick

Lehrerbildung war seit Beginn der Universitätsgeschichte ein starkes Profilelement der Otto-Friedrich-Universität. Damit spiegeln sich in der Geschichte der Universität zentrale Herausforderungen in der Professionalisierung von Lehrerinnen und Lehrern – sei es im Hinblick auf die ersten Schritte der Professionalisierung von Lehrkräften des höheren Lehramts und der seminaristischen Lehrerbildung, hinsichtlich der Gründung pädagogischer Hochschulen, der Etablierung der Lehrerbildungsforschung, der Schaffung angemessener Universitätsstrukturen und der Integration der Lehrerbildung in die Drittmittelstrategie der Universität. Auch wenn sich die Ansätze und Strukturen der Lehrerbildung über die Jahrhunderte hinweg sehr unterscheiden, ist ihnen gemeinsam, den Schülerinnen und Schülern dienen zu wollen, herausragend qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer auszubilden und damit eine wichtige Grundlage für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft zu legen.



Podiumsdiskussion beim Dies Academicus 2019: Tassilo Forchheimer (Moderation, Bayerischer Rundfunk), Simone Fleischmann (Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband), Prof. Dr. Annette Scheunpflug (Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik), OstD Markus Knebel (E.T.A. Hoffmann Gymnasium Bamberg).
(Foto: Benjamin Herges/Universität Bamberg)

Chronologie wichtiger Ereignisse

Einleitung

1563 Gründung des Collegium Ernestinum, eines Priesterseminars mit Gymnasium, dem auch ein Internat angeschlossen war, durch Fürstbischof Ernst von Mengersdorf.

1648 Gründung der Universität Bamberg durch Fürstbischof Melchior Otto Voit von Salzburg, zunächst als Academia Ottoniana mit den zwei Fakultäten Philosophie und Theologie. Seit 1735 durch Fürstbischof Karl Friedrich von Schönborn mit Jura und später Medizin zur klassischen Vierfakultätenuniversität ausgebaut.

1770 Einführung der Schulpflicht im Hochstift Bamberg.

I. Die Anfänge (1773–1803)

1773 (21. Juli) Errichtung der Schulkommission unter Leitung von Michael Ignaz Schmidt als zunächst beratendes Gremium zur Überwachung der Bildungsreform Adam Friedrich von Seinsheim.

1776 (26. September) Einrichtung der ersten Normalschule zur einjährigen Lehrerfortbildung durch Johann Gerner. Untergebracht war die Normalschule im Schnappauf'schen Palais (heute Karolinenstr. 9 und 11).

1791 Die Normalschule wird zum Lehrerseminar umbenannt und unter die Aufsicht der Schulkommission gestellt. Zum Nachfolger Gerner als Seminardirektor wurde Johann Baptist Betz ernannt. Der erste Kurs begann am 25. Juli 1791 mit fünf Teilnehmern.

1803 (5. September) Bekanntgabe der Auflösung der Universität Bamberg durch das Fränkische Landeskommissariat.

1803 (3. November) Reskript, unterzeichnet von Kurfürst Max IV. und Montgelas, bestimmt Bamberg und Dillingen als Standorte von Lyzeen. Das Lyzeum Bamberg wird Nachfolger der älteren Universität und erhält eine Philosophische und eine Theologische Abteilung. Am Lyzeum werden Priester und Lehrer für höhere Schulen ausgebildet. Zusätzlich werden in Bamberg ein Gymnasium mit geistlichem Seminar, ein Schullehrerseminar und eine praktisch Medizinisch-Chirurgische Schule eingerichtet. Der bisherige Universitätshausdirektor Johann Friedrich Batz wird als Organisator des Lyzeums eingesetzt.

II. Restauration und Stagnation (1804–1850)

1804 Ernennung von Johann Baptist Graser zum „Schulrat für Franken“ in Bamberg. Nach der Übergabe Bayreuths von Napoleon an Bayern und der Bestimmung Bayreuths als Kreishauptstadt des Obermainkreises zog Graser nach Bayreuth um.

1809 Mit einem Regulativ erklärt Bayern die Lehrerbildung zur staatlichen Zuständigkeit. Die Volksschulausbildung wird von der höheren Bildung des Neuhumanismus vollständig abgekoppelt.

1809 Gründung des Lehrer-Lese-Vereins in Bamberg.

1823 Das Bamberger Lehrerseminar steht bis 1873 nur katholischen Bewerbern offen. In diesem Zeitraum müssen Protestanten nach Erlangen zur Lehrerausbildung. Die Ausbildung an einem Seminar wird in Bayern Einstellungs Voraussetzung für Lehrer.

1825 Vorläufiges Ende der Schulreformen in Bayern. Absetzung der Kreisschulräte.

1827 Das Schullehrerseminar zieht um in das Kapitelhaus von St. Stephan, Stephansplatz 5. Dieses Gebäude beherbergt daneben noch die Taubstummschule und die dreijährige Präparandenschule zur Vorbereitung auf das Schullehrerseminar.

1832 Die ehemaligen Kreisschulräte werden durch „Kreisscholarchen“ ersetzt, die aus den Reihen der Hochschullehrer rekrutiert wurden, nicht jedoch aus den Reihen der Volksschullehrer.

III. Selbstorganisation, Statusverbesserung und Professionalisierung (1850–1919)

1856 Verlängerung der Werktagsschulpflicht von sechs auf sieben Jahre.

1861 (27. Dezember) Gründung des Bayerischen Lehrervereins (BLV) in Regensburg.

1862 Einführung der Pensionskasse für Lehrer.

1866 (29. September) Normativ über die Bildung der Schullehrer im Königreich Bayern vereinheitlicht den Vorbereitungsunterricht für die Lehrerseminare, die bislang von Geistlichen bzw. Schullehrern erfolgte. Festgelegt wird ein Kurrikulum der Unterrichtsfächer mit festgelegten Unterrichtsstunden.

1870–1900 Anstieg der Lehrerstellen in Oberfranken um 50 Prozent. In Bamberg steigt die Schülerzahl im gleichen Zeitraum von etwa 2300 auf 4400 an.

1871 Das Gehalt eines „Wirklichen Lehrers“ steigt in Bamberg von 450 auf 700 Gulden jährlich. Außerdem wird eine gestaffelte Dienstalterszulage eingeführt.

1873 (Oktober) Bezug des neu gebauten königlichen Lehrerseminars in der Sternwartstraße (heutiges E.T.A.-Hoffmann-Gymnasium) unter dem ersten nicht geistlichen Leiter, dem Altphilologen Philipp Hock (1836–1897).

1874 Übersiedlung der katholischen Präparandenschule von Forchheim nach Bamberg.

IV. Ungenutzte Chancen in der Krise und Schließung (1919–1936)

1919 (August) Das bayerische Schulbedarfsgesetz erklärt die Volksschullehrer zu Staatsbeamten. Allerdings wird ihnen die in der Weimarer Verfassung garantierte Akademisierung vorenthalten. Die Lehrerseminare bleiben in Bayern erhalten.

1919 (8. September) Dr. Ernst Weber aus Königsfeld im Grabfeldgau übernimmt die Leitung des nun mehr freistaatlichen Lehrerseminars.

1921 In Bamberg wird die achtjährige Volksschulpflicht eingeführt.

1935 Umwandlung des Lehrerseminars in eine deutsche Aufbauschule im nationalsozialistischen Verständnis. Konzentrierung der Lehrerbildung in Bayreuth, Nürnberg und München Pasing

1936 (1. April) Vorzeitige Pensionierung Webers.

V. Von der Lehrerbildungsanstalt zur Pädagogischen Hochschule (1945–1964)

1945 (29. September) Wiedereröffnung der Aufbauschule mit dem Ziel, sie in eine Lehrerbildungsanstalt zurückzuführen.

1945 (12. Oktober) Der bereits seit 1923 unter Weber an der Anstalt tätige Johann Eckart wird von den Alliierten als Leiter bestellt mit der Aufgabe, die Aufbauschule abzubauen und in eine Oberschule in Kurzform umzuwandeln. In seiner Privatwohnung im Stephansberger Kapitelhaus organisiert er die neu zu gründende Lehrerbildungsanstalt.

1946 Wiedereinführung der Bekenntnisschule (die von den Nationalsozialisten abgeschafft worden war).

1946 (26. März) Umbenennung der Aufbauschule in Lehrerbildungsanstalt in Verwaltungseinheit mit der Oberschule in Kurzform.

1947 Rückkehr der Lehrerbildungsanstalt in die Gebäude an der Sternwartstraße.

1950 Das bayerische Schulorganisationsgesetz schrieb das „Prinzip der gemeindeeigenen Schule“ fest – als Folge entstanden wieder Zwergschulen.

1952 Dr. Georg Beck wird Leiter der „Oberschule in Kurzform“.

1954 Umbenennung der „Oberschule in Kurzform“ in „Deutsches Gymnasium“. Einrichtung eines Instituts für Lehrerbildung – das Deutsche Gymnasium wird vollwertige und gleichberechtigte höhere Schule (musisches Gymnasium). Die Pädagogischen Lehrgänge werden unter der Leitung von Dr. Friedrich Braun in Institute für Lehrerbildung überführt und in den Nebengebäuden das E.T.A.-Hoffmann-Gymnasiums untergebracht. In zweijährigen Kursen werden die Absolventen auf den Volksschuldienst vorbereitet.

1956 (1. August) Verselbständigung des Instituts für Lehrerbildung.

1958 (14. Juni) Ein neues Lehrerbildungsgesetz legt die Ausbildung für den Volksschuldienst als sechssemestriges Studium an den Pädagogischen Hochschulen der Landesuniversitäten fest. Die Stärkung von Fachdidaktiken ist geplant.

1958 (1. August) Gründung der Pädagogischen Hochschule Bamberg, die an die Universität Würzburg angegliedert ist. Dadurch erfolgt eine deutliche Aufwertung des Volksschullehramts und die Nachfrage nach Studienplätzen steigt. Zur Leitung wird Dr. Walter Klose bestellt. Parallel bleibt die PTH Bamberg bestehen.

VI. Lyzeum und Philosophisch-Theologische Hochschule Bamberg (1803–1972)

1803 Das Lyzeum Bamberg wird gegründet.

1830 (8. Mai) König Ludwig I. sichert den Fortbestand der Lyzeen als Universitätsersatzbildungsstätten. 1891 (1. Juli) Kultusminister Ludwig August von Müller legt den Charakter der bayerischen Lyzeen als Spezialhochschulen für die Ausbildung katholischer Priester fest.

1833 (30. November) Das „organische Statut“ der Lyzeen legt fest, dass die dortige Ausbildung universitär und der Zugang nur mit einem guten Gymnasialabschluss möglich sei. Lyzealprofessoren galten dem Status nach als außerordentliche Professoren an Universitäten.

1849 (13. November) Anpassung der Systeme von Universität und Lyzeum mit Übertrittsmöglichkeiten per Ministerialentschließung. 1892 (30. Juni) Lyzealprofessoren und Universitätsprofessoren werden gleichgestellt und in ordentliche und außerordentliche Professoren eingeteilt.

1923 (9. Dezember) Das Ministerium für Unterricht und Kultus benennt Lyzeen in „Philosophisch-Theologische Hochschulen“ um.

1939–1945 Aussetzung der Lehre an der Philosophisch-Theologischen Hochschule. Kriegsbedingte Umnutzung der Gebäude.

1945 (21. Oktober) Der Lehrbetrieb an der Philosophisch-Theologischen Hochschule wird wieder aufgenommen. Die Zahl der Studierenden steigt stark an, vor allem weil die Universitäten Würzburg und München erheblich zerstört waren. Die PTH Bamberg übernimmt damit viele Aufgaben einer Universität, ohne deren Status zu haben.

VII. Von der Pädagogischen Hochschule über die Gesamthochschule zur Universität (1964–2007)

1961 Schulverbandsgesetz begünstigt die Zusammenlegung von Zwergschulen auf dem Land.

1962 (20. Juli) Grundsteinlegung eines neuen Gebäudes der PH an der heutigen Feldkirchenstraße. Wegen steigender Studierendenzahlen herrschte akute Raumnot in den vorigen Räumlichkeiten.

1968 (7. Juli) Die Bekenntnisschulen werden per Volksentscheid aufgelöst.

1966 Aufnahme des Lehrbetriebs im neuen Gebäude der PH an der Feldkirchenstraße und feierliche Einweihung am 4. Februar 1966.

1969 Die Schulpflicht wird auf 9 Jahre ausgedehnt. Die Hauptschule wird inhaltlich ausgebaut und mehrzünftig geführt. Grundsätzlich werden Jahrgangsklassen eingeführt.

1972 (25. Juli) Durch das Eingliederungsgesetz wird festgelegt, dass die PH in die jeweilige Landesuniversität eingegliedert werden – in Bamberg in die zu errichtende Gesamthochschule.

1972 (1. August) Errichtung der Gesamthochschule Bamberg durch die Zusammenführung der Philosophisch-Theologischen Hochschule und der Pädagogischen Hochschule. Die Leitung der Gesamthochschule erfolgt in Personalunion durch Prof. Dr. Elisabeth Roth (vorher Rektorin der PH) und Prof. Dr. Othmar Heggelbacher (vorher Rektor der PTH). In den folgenden Jahren wurden neue Lehrstühle und Professuren in der Fakultät Erziehungswissenschaften eingerichtet. Fachdidaktiken wurden eingerichtet.

1972 Bildung einer Ständigen Kommission für Lehrerbildung an der GH.

1974 (29. September) Novelle des bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (Inkrafttreten am 1. Oktober 1977).

1976 Prof. Dr. Siegfried Oppolzer wird zunächst kommissarischer Rektor und ab Ende 1976 Präsident der Gesamthochschule. Ab 1979 ist er Präsident der Universität Bamberg und bleibt bis 1992 im Amt.

1978 (1. Oktober) Im Rahmen des neuen Lehrerbildungsgesetzes wird an der GH Bamberg das Lehramtsstudium auf die Lehrämter Grundschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Berufliche Schulen erweitert.

1979 (10. August) Wiedergründung der Universität Bamberg. Per Gesetz wird der Name der Gesamthochschule geändert in Universität Bamberg.

1982 (November) Offizielle Einrichtung der „Gemeinsamen Kommission für Fragen der Didaktik“ an der Universität, nach verschiedenen Vorläufer-Gremien seit 1979.

1988 Die Universität erhält das Recht, ihren alten Namen „Otto-Friedrich-Universität“ wieder zu führen.

1988 Im spezifischen Fächerprofil der Universität Bamberg nimmt die Lehramtsausbildung einen hohen Stellenwert ein.

1990 Wichtige Impulse für die Stärkung der Fachdidaktiken gingen von der Universität Bamberg auch im Zusammenhang mit der Arbeit der Fachdidaktischen Gesellschaften aus.

VIII. Die Lehrerbildung unter dem Einfluss des Bologna-Prozesses, der Gründung von Zentren für die Lehrerbildung und der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ (2003–2020)

1997 (11. April) Die „Lissabon-Konvention“ zur gegenseitigen internationalen Anerkennung von Bildungsabschlüssen wird verabschiedet.

1998 (25. Mai) „Gemeinsame Erklärung zur Harmonisierung der Architektur der europäischen Hochschulbildung“ von Deutschland, Frankreich, Italien und dem Vereinigten Königreich.

1999 (19. Juni) Der „Bologna-Vertrag“, mit dem ein europaweit vergleichbares und durchlässiges Bildungssystem geschaffen werden soll, wird von 29 Ländern unterzeichnet.

2003 (10. Oktober) Die Kultusministerkonferenz beschließt mit den „Ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen“ die Umsetzung der Bologna-Reform.

2005 Gründung des „Zentrums für didaktische Forschung und Lehre“ (ZDFL) an der Universität Bamberg (bis 2010).

2006 (23. Mai) Reform des Bayerischen Hochschulgesetzes.

2007 (20. April) Errichtung des Bamberger Zentrums für Lehrerbildung (BAZL).

2015 Start des WegE-Projekts „Wegweisende Lehrerbildung – Entwicklung reflexiver Kommunikationsprozesse“, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in dem Programm „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ (bis 2019).

2018 Umstrukturierung des Bamberger Zentrums für Lehrerbildung und Verabschiedung der neuen Ordnung des „Zentrums für Lehrerinnen- und Lehrerbildung Bamberg“ (ZLB).

2019 Zweite Förderphase der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ ermöglicht die Weiterführung der Entwicklungsschwerpunkte des WegE-Projekts (bis 2024).

Glossar der genannten Schularten und Ausbildungseinrichtungen

Academia (Akademie)	Allgemeiner und breit genutzter Begriff für meist universitäre Lehr- und Forschungseinrichtungen bzw. Ausbildungsstätten. In Bamberg als Academia Bambergensis (bzw. Academia Ottoniana) Bezeichnung für die 1648 gegründete erste Hochschule mit den zwei Fakultäten Philosophie und Theologie.
Aufbauschule, Aufbauschule im Abbau	s. Deutsche Aufbauschule
Berufsschule	Dient im Zuge des dualen Systems in der Berufsausbildung der Vermittlung von Allgemeinbildung und theoretischen beruflichen Kenntnissen in den Jahrgangsstufen 10 bis 12 bzw. 10 bis 13. Abschlüsse: Berufsschulabschluss, Mittlerer Schulabschluss.
Collegium	Allgemeine und unterschiedlich genutzte Bezeichnung für Bildungseinrichtungen wie Schulen, Seminare oder Universitäten, meist mit Internat.
Deutsche Aufbauschule	Von den Nationalsozialisten 1935/36 eingeführte Schulform. Das Ziel war, eine dem Abitur ebenbürtige Qualifikation hervorzubringen, jedoch mit nationalsozialistischen Bildungsidealen. In Bamberg wurde die vorige Lehrerbildungsanstalt in die „Deutsche Aufbauschule“ umgewandelt. Nach Kriegsende wurde der Begriff „Aufbauschule im Abbau“ verwendet um die Rückführung zur Lehrerbildungsanstalt kenntlich zu machen.
Deutsche Schule	s. Trivialschule
Domschule	Ursprünglich eine Bildungseinrichtung der römisch-katholischen Kirche in Städten mit Bischofsitz, die zunächst vorrangig Kleriker ausbildete, zunehmend aber auch für Laien offenstand. Die heutige „Domschule Bamberg“ ist eine staatliche Grundschule.
Einsatzschule	Nach dem erfolgreichen Ablegen des Ersten Staatsexamens erfolgt die praktische Einweisung der Lehramtsstudierenden in „Einsatzschulen“, deren angebotene Studienseminare im Zweiten Staatsexamen münden.
Elementarschule	Schule für den Elementarunterricht (i.d.R. Lesen, Schreiben, Rechnen, Religion). Meist gemeinsamer Unterricht für Mädchen und Jungen. Entspricht dem Begriff der Grundschule bis zum Ende der Kaiserzeit (1918), vgl. auch die Bezeichnung Volksschulen.
Gemeindeschule	Schulen in kommunaler Trägerschaft.
Gesamthochschule	In den 1970er Jahren in Deutschland gegründete Hochschulform, die die Hochschularten Fachhochschule, Pädagogische Hochschule und Universität integrierte und damit sowohl wissenschaftliche als auch praxisorientierte Schwerpunktsetzungen des Studiums ermöglichte. Die letzten Gesamthochschulen wurden 2003 aufgelöst bzw. in Universitäten oder Fachhochschulen überführt. Die Bamberger Gesamthochschule bestand bis 1979.

Grundschule	Löste die Begriffe Elementarschule und Volksschule im frühen 20. Jahrhundert weitgehend ab. Kinder von ca. sechs bis elf Jahren erhalten Unterricht in Grundfertigkeiten.
Gymnasium	Eine der weiterführenden Schularten, an der die Hochschulreife erworben werden kann.
Hochschule	Oberbegriff für unterschiedliche Arten von Lehr- und Forschungseinrichtungen, beispielsweise Universitäten mit Promotions- und Habilitationsrecht, Kunsthochschulen oder stärker praxisorientierte Hochschulen für angewandte Wissenschaften.
Industrieschule	Aufkommen im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts. Sie verbinden Elementarschulen mit angegliederten Produktionsstätten.
Klosterschule	Ab dem 6. Jahrhundert von Klöstern betriebene Bildungseinrichtungen, in denen zunächst die künftigen Ordenspriester, ab dem Spätmittelalter zusätzlich auch Laien ausgebildet wurden.
Konfessionsschule	Schulen für Kinder eines bestimmten Bekenntnisses. Inhalte wurden entsprechend der Grundsätze des Bekenntnisses unterrichtet. Zwischenzeitlich immer wieder abgeschafft und neu eingeführt, hielt sich diese Schulform bis zur Verfassungsänderung 1968 in Bayern.
Landschule	Schulen auf dem Land, im Gegensatz zu Stadtschulen, die innerhalb der Städte verortet sind.
Lateinschule	Seit dem Mittelalter von städtischen Pfarreien, später auch von Kommunen, betriebene Schulen, in denen Latein sowohl Lehrgegenstand als auch teilweise Unterrichtssprache war. Sie dienten der Vorbereitung auf ein Universitätsstudium.
Lehrerbildungsanstalt/-seminar	Einrichtung zur Ausbildung von Elementarschullehrern. In Bamberg seit 1910 entstanden aus der Vereinigung von Schullehrerseminar und Präparandenschule.
Lyzeum	In Bayern eine im 19. Jahrhundert gegründete akademische Einrichtung, die zwischen Gymnasium und Universität lag und mehrfachen strukturellen Wandlungen unterworfen war. Spezialschule mit einer philosophischen und einer theologischen Abteilung, die zur Ausbildung katholischer Priester und von Lehrpersonal für höhere Schulen diente. 1923 umbenannt in Philosophisch-Theologische Hochschule.
Mädchenschule	Nur für Mädchen zugängliche Schule.
Mittelschule	Im Allgemeinen Bezeichnung für weiterführende Schularten, die sich an die Grundschulzeit anschließen und zu einem mittleren Schulabschluss führen. In der Ausprägung und im Sprachgebrauch liegen zeitliche und länderspezifische Unterschiede vor. In Bayern kann nach einem qualifizierenden Hauptschulabschluss in der Mittelschule ein mittlerer Schulabschluss erworben werden. Teils auch als Vorläufer der Realschule bezeichnet.

Normalschule	Schulart speziell zur Lehrerbildung. Zweck der Normalschule war das Beibringen der „Norm“ des Unterrichtens, um den gestiegenen Erziehungsanforderungen gerecht zu werden. In Bamberg v.a. durch Johann Baptist Gerner (1748–1813) vorangetrieben.
Oberrealschule	Entspricht einem „Realgymnasium“, also einer höheren Schule mit dem Hauptaugenmerk auf Naturwissenschaften und modernen Sprachen.
Oberschule in Kurzform	Nach 1945 aufkommender Begriff für eine Bildungseinrichtung, die an eine Lehrerbildungsanstalt angegliedert war. In Bamberg wurde die von den Nationalsozialisten eingerichtete Aufbauschule wieder in eine Oberschule in Kurzform zurückgeführt.
Pädagogische Hochschule	Hochschule insbesondere zur Ausbildung in den Erziehungs- und Bildungswissenschaften mit unterschiedlicher Ausprägung in den einzelnen Ländern. In Bayern von 1958 bis 1972 bestehende staatliche Ausbildungsstätte für Volksschullehrerinnen und –lehrer. Die PH verfügten nicht über das Promotionsrecht und wurden 1972 in die Universitäten eingegliedert.
Pfarrschule	Schule in kirchlicher Trägerschaft unter Leitung eines Pfarrers, die auf religiöse Unterweisung zielte, zusätzlich aber auch Elementarunterricht anbot.
Philosophisch- Theologische Hochschule	Ab 1923 Bezeichnung der vorigen Lyzeen in Bayern. Im Allgemeinen dient die PTH schwerpunktmäßig der Ausbildung von Priestern bzw. kirchlichem Personal und Lehrern. Die PTH in Bamberg übernahm insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Lehre in weiteren Fächern. 1972 wurde sie mit der Pädagogischen Hochschule zur Gesamthochschule Bamberg vereint.
Präparanden- schule/-seminar	Eine Übungsschule mit Praxisbezug zur Vorbereitung auf das Lehrerseminar für Lehramtsinteressenten im 19. Jahrhundert und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts.
Realschule	Eine weiterführende Schulart, die nach der Grundschulzeit besucht wird und zu einem mittleren Schulabschluss führt.
Schullehrer- seminar	Einrichtung zur Ausbildung von Elementarschullehrern. In Bamberg wurde sie 1910 mit der Präparandenschule zusammengelegt und zur Lehrerbildungsanstalt vereinigt.
Simultanschule	Bezeichnung für gemischtkonfessionelle Volksschulen.
Sommerschule	Beschreibt den Schulzeitraum vom 1. Mai bis 31. Oktober, in dem eine verringerte Anzahl an Unterrichtsstunden stattfand (oft nur 2 bis 3 Stunden täglich), da Kinder v.a. in ländlichen Gebieten als Arbeitskraft in der Landwirtschaft eingesetzt wurden.
Stadtschule	Schulen in der Stadt, im Gegensatz zu Landschulen, die außerhalb der Städte verortet sind.
Trivialschule	Seit dem 17. Jahrhundert Bezeichnung für Schulen, in denen nur Elementarunterricht erteilt wurde, beispielsweise Volksschulen oder Schulen, die zur Vorbereitung auf den Besuch weiterführender Schulen dienten.

Universität	Wissenschaftliche Hochschule mit Promotions- und Habilitationsrecht, die dem Studium, der Lehre und der Forschung dient.
Volksschule	Häufig synonym zu Elementarschule und später Grundschule gebraucht. Aufkommen im 19. Jahrhundert. Eine öffentliche Pflichtschule ursprünglich für Kinder der niederen Stände.
Winkelschule	Im 19. Jahrhundert kam die Winkelschule als religiöse Schulen ohne staatliche Genehmigung auf, welche aufgrund von Mangel an Beschulungsmöglichkeiten Bestand hatten.
Winterschule	Bezeichnet den Schulzeitraum vom 1. November bis 30. April mit einer höheren Anzahl an Unterrichtsstunden als in der Sommerschule.
Zwergschule	Volksschulen bzw. Elementarschulen, in denen Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Jahrgänge in einer Klasse unterrichtet werden aufgrund geringer Schülerzahlen (v.a. in ländlichen Gebieten).

Abkürzungsverzeichnis

B.Ed.	Bachelor of Education
BAZL	Bamberger Zentrum für Lehrerbildung
BLV e.V.	Bayerischer Lehrerverband e.V.
BLLV e.V.	Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V.
ECTS	European Credit Transfer System
GH	Gesamthochschule
M.Ed.	Master of Education
LPO I	Ordnung der Ersten Prüfung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen. Lehramtsprüfungsordnung I.
PH	Pädagogische Hochschule
PTH	Philosophisch-Theologische Hochschule
WegE	Wegweisende Lehrerbildung – Entwicklung reflexive Kommunikationsprozesse
ZDFL	Zentrum für didaktische Forschung und Lehre
ZLB	Zentrum für Lehrerinnen- und Lehrerbildung Bamberg

Quellenverzeichnis

Archiv der Otto-Friedrich-Universität Bamberg (AUB)

Signatur VIII B 1. Bestand Pädagogische Hochschule. Haushaltsabrechnungen zwischen Kultusministerium, Verwaltungsausschuss der Universität Würzburg und der Pädagogischen Hochschule Bamberg.

Signatur VIII B 37. Bestand Pädagogische Hochschule. Einnahmen/Ausgaben Regierungshauptkasse Bayreuth u. Zahlstelle der PH über Lehrbedarf, Hörgelder u. Sonstige Zahlungen der Studenten.

Signatur VIII B 84. Bestand Pädagogische Hochschule. Gebührenkarten mit Verzeichnis der entrichteten Gebühren.

Signatur VIII C 2. Bestand Pädagogische Hochschule. BAFÖG, Stipendien durch Stiftungen, Förderung von Auslandsaufenthalten, Programm des Collège d'Europe.

Signatur VIII E 61. Pädagogische Hochschule, Studierende (1970–1972). 61. Lehrerfortbildung für Volksschullehrer 1970 Englisch (Fernstudienlehrgang) Lehrerfortbildung für Volksschullehrer 1971 Englisch (Fernstudienlehrgang) Lehrerfortbildung für Volksschullehrer 1972 Englisch (Fernstudienlehrgang) Teilnehmerverzeichnisse, Quittungen, teilweise Lehrgangspläne Broschüre des Kultusministeriums „Lehrerfortbildung in Bayern 1970“.

Signatur VIII E 62. Pädagogische Hochschule, Studierende (28.12.1972–08.10.1975).

Signatur VIII T 7 Grundsteinlegung für den Neubau der Pädagogischen Hochschule Bamberg der Universität Würzburg: 20.7.62. Bamberg, 1962. Erinnerungsschrift.

Signatur IX P 0014. Bestand Gesamthochschule Bamberg. Protokoll der Kommission für Lehrerbildung (25.03.1974).

Signatur IX P 0024. Bestand Gesamthochschule Bamberg. Protokoll der Kommission für Lehrerbildung (12.05.1975).

Signatur IX P 0025. Bestand Gesamthochschule Bamberg. Protokoll der Kommission für Lehrerbildung (02.07.1975).

Signatur X A 06-0000 a. Bestand Universität Bamberg. Senat Allgemein. Senatsangelegenheiten.

Signatur X A 06-0000 b. Bestand Universität Bamberg. Senat. Verzeichnis der Tagesordnungspunkte ab 1979.

vorl. Nr. ZLB-001. Interview mit Prof. Dr. R. Lachmann zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung, 2019.

vorl. Nr. ZLB-002. Interview mit Prof. Dr. Dr. Gode-

hard Ruppert zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung, 2020.

o. Sign. Bayern, Statistisches Landesamt (1980): Statistische Berichte. Die Studenten an den Hochschulen in Bayern im Wintersemester 1979/80.

o. Sign. Denkschrift anlässlich der feierlichen Einweihung des Neubaus der Pädagogischen Hochschule Bamberg der Universität Würzburg an der Feldkirchenstraße 23-25 am 4. Februar 1966. Bamberg.

Literaturverzeichnis

Beiträge

Aden-Grossmann, Wilma (2016): Die Industrieschule im 18. und 19. Jahrhundert. In: dies. (Hg.): Geschichte der sozialpädagogischen Arbeit an Schulen. Entwicklung und Perspektiven von Schulsozialarbeit. Wiesbaden, S. 5–19.

Beisbart, Ortwin (2014): Geschichte des Deutschunterrichts und seiner Didaktik. In: Volker Frederking u.a. (Hg.): Taschenbuch des Deutschunterrichts Bd. 3: Aktuelle Fragen der Deutschdidaktik. Baltmannsweiler, 3-47.

Bittner, Franz (1984): Lateinschulen und Gymnasien. In: Elisabeth Roth (Hg.): Oberfranken in der Neuzeit bis zum Ende des Alten Reiches. Bamberg, S. 589–625.

Braun, Lothar 1973: „Die Gymnasien Bambergs insbesondere die Geschichte des E.T.A. Hoffmann-Gymnasiums (zugleich ein Abriss der Lehrerbildung in Bamberg)“. In BHVB, 109. Bericht, S. 451-481.

Diller, Stephan (1998): Die Affäre um die Lektüre von Goethes „Faust“ durch einen Seminaristen des Schullehrerseminars in Bamberg 1907/08. In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 241–243.

Diller, Stephan (1998): Eine Inspektion der Lehrerbildungsanstalt Bamberg nach dem Ersten Weltkrieg. In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg 1998, S. 243–244.

Diller, Stephan (1998): Errichtung der sog. Präparandie zur Vorbereitung auf die eigentliche Seminararabildung. In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 238–239.

Diller, Stephan (1998): Überlegungen zur Verbesserung des niederen Schulwesens durch Errichtung eines Schullehrer-Seminars in Bamberg. In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 234–236.

Edelstein, Benjamin und Veith, Hermann (2017):

Schulgeschichte bis 1945. Von Preußen bis zum Dritten Reich. In: Bundeszentrale für politische Bildung (1.1.2017).

Enzensberger, Horst (1998): Die Gründung der Akademie. In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 82–83.

Grasmück, Ernst Ludwig (1998): Fürstbischof Friedrich Karl von Schönborn (1729–1746) als zweiter Gründer der Bamberger Hohen Schule. In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 113–118.

Grasmück, Ernst Ludwig (1998): Fürstbischof Otto Voit von Salzburg (1642–1653), der Gründer der Akademie. In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 73–77.

Guth, Klaus (1998): Frühaufklärung in Franken. Reform des Studiums der Philosophie und Theologie an den Universitäten Würzburg und Bamberg. In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 122–128.

Heggelbacher, Othmar (1983): Der Weg zur Universität. In: Siegfried Oppolzer (Hg.): Die Universität Bamberg. Aspekte ihrer Entstehung, Struktur und Funktion. Bamberg, S. 70–80.

Heim, Dieter (1998): Schullehrerseminar und Pädagogische Hochschule. In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 231–233.

Herrmann, Axel: Schule und Bildung. In: Elisabeth Roth (Hg.): 1990 – Oberfranken im 19. und 20. Jahrhundert. Bamberg, S. 117–210.

Keck, R. (1989): Die Entwicklung der Lehrerbildung in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert. In: Johann Georg von Hohenzollern (Hg.): Schreiber, Magister, Lehrer. Zur Geschichte und Funktion eines Berufsstandes. Bad Heilbrunn/Obb. (Schriftenreihe zum Bayerischen Schulmuseum Ichenhausen, Zweigmuseum des Bayerischen Nationalmuseums, 8), S. 195–213.

Klausnitzer, Wolfgang (1998): Die philosophische und theologische Fakultät. In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 107–108.

Machilek, Franz (1998): Die Säkularisation des Fürstbistums Bamberg und das Ende der älteren Universität. In: ders. (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 198–201.

Möckl, Karl (1998): Die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Nachkriegsuniversität - Vierte bayerische Landesuniversität - Ostuniversität. In:

Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 245–259.

Möckl, Karl (1998): Lyzeum und Philosophisch-theologische Hochschule (1803–1945). In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 210–219.

Oppolzer, Siegfried (1998): Von der Gesamthochschule Bamberg zur Otto-Friedrich-Universität (1976–1992). In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 279–289.

Reble, Albert (1978): Das geistige Leben seit 1800. In: Max Spindler (Hg.): Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 1800 – 1970, Bd. 2. Sonderausg. München, S. 950–990.

Roth, Elisabeth (1998): Entstehung und Frühphase der Gesamthochschule Bamberg 1968–1976. In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 269–278.

Roth, Elisabeth (1984): Hohe Schulen und Seminare. In: dies. (Hg.): Oberfranken in der Neuzeit bis zum Ende des Alten Reiches. Bamberg, S. 627–661.

Roth, Elisabeth (1984): „Teutsche Schulen“ in Stadt und Land. In: dies. (Hg.): Oberfranken in der Neuzeit bis zum Ende des Alten Reiches. Bamberg, S. 663–722.

Schieber, Hans (1998): Vom Seminarium Ernestinum zum Kolleg der Jesuiten. In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 57–61.

Schmitt, Eberhard (1998): Von der konfessionellen Universität zur Humboldtschen Universität. Zur grundlegenden Umformung der deutschen Hochschulen im Zeitalter des Absolutismus. In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 17–33.

Schnabel-Schüle, Helga (2012): Kultur der Lehrerbildung in Deutschland. In: Christian Kraler, Helga Schnabel-Schüle, Michael Schratz und Birgit Weyand (Hg.): Kulturen der Lehrerbildung. Professionalisierung eines Berufsstands im Wandel. Münster, S. 19–40.

Zeißner, Werner (1998): Die Universität unter Fürstbischof Franz Ludwig von Erthal (1779–1795). In: Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg, S. 137–139.

Bücher (Monographien)

Berg, Christa; Hammerstein, Notker (Hg.) (1987–1998): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. (6 Bände). München.

Blömeke, Sigrid (2002): Universität und Lehrerbildung. Bad Heilbrunn/Obb.

Breitschuh, Gernot (1991): Handbuch der Geschichte des bayerischen Bildungswesens. Bad Heilbrunn/Obb.

Enzelberger, Sabina (2001): Sozialgeschichte des Lehrerberufs. Gesellschaftliche Stellung und Professionalisierung von Lehrerinnen und Lehrern von den Anfängen bis zur Gegenwart. Weinheim und München.

Gass-Bolm, Torsten (op. 2005): Das Gymnasium 1945–1980. Bildungsreform und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland (Moderne Zeit, Bd. 7). Göttingen.

Hamann, Bruno (1993): Geschichte des Schulwesens. Werden und Wandel der Schule im ideen- und sozialgeschichtlichen Zusammenhang. 2., überarb. und erw. Aufl. Bad Heilbrunn/Obb.

Hübsch, G. (1891): Die Reformen und Reformbestrebungen auf dem Gebiete der Volksschule im ehemaligen Hochstift Bamberg unter den Fürstbischöfen Adam Friedrich von Seinsheim (1757–1779) und Franz Ludwig von Erthal (1779–1795). Bamberg.

Hüttner, Dieter (1982): Von der Normalschule zum Lehrerseminar. Die Entstehung der seminaristischen Lehrerbildung in Bayern (1770–1825). München. (Miscellanea Bavarica Monacensia, Bd. 118), S. 2.

Krömer, Ulrich (1966): Johann Ignaz von Felbiger. Leben und Werk. Freiburg, Basel, Wien.

Paulsen, Friedrich; Lehmann, Rudolf (1919, 1960): Paulsen, Friedrich. Geschichte des gelehrten Unterrichts. Auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart. Mit besonderer Rücksicht auf den klassischen Unterricht. 3., erweiterte Auflage, im Original erschienen 1960 als unveränderter photomechanischer Nachdruck der Ausgabe von 1919. (Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart, Band 1). Berlin.

Paulsen, Friedrich (1921, 1965): Paulsen, Friedrich. Geschichte Des Gelehrten Unterrichts Auf Den Deutschen Schulen Und Universitäten Vom Ausgang Des Mittelalters Bis Zur Gegenwart. Band 2. Berlin. Reprint der Ausgabe von 1921.

Schröder, Ingo (2004): Die staatlichen philosophisch-theologischen Hochschulen in Bayern von 1923 bis 1978. München (Dissertation). online verfügbar: urn:nbn:de:bvb:19-24153 (zuletzt geprüft: 29.04.2020).

Spörlein, Bernhard (2004): Die ältere Universität Bamberg (1648–1803). Studien zur Institutionen- und Sozialgeschichte. (Spektrum Kulturwissenschaften, Bd. 7). Berlin.

Stanzel, Josef (1976): Die Schulaufsicht im Reformwerk des Johann Ignaz von Felbiger (1724–1788). Schule, Kirche und Staat in Recht und Praxis des aufklärten Absolutismus. (Rechts- und staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, N.F., 18). Paderborn.

Weber, Heinrich (1880): Geschichte der gelehrten Schulen im Hochstift Bamberg von 1007–1803. Bamberg.

Bücher (Sammelwerke)

Hohenzollern, Johann Georg von (Hg.) (1989): Schreiber, Magister, Lehrer. Zur Geschichte und Funktion eines Berufsstandes. (Schriftenreihe zum Bayerischen Schulmuseum Ichenhausen, Zweigmuseum des Bayerischen Nationalmuseums, 8). Bad Heilbrunn/Obb.

Kraler, Christian; Schnabel-Schüle, Helga; Schratz, Michael; Weyand, Birgit (Hg.) (2012): Kulturen der Lehrerbildung. Professionalisierung eines Berufsstands im Wandel. Münster.

Liedtke, Max (Hg.) (1991). Handbuch der Geschichte des bayerischen Bildungswesens. Bd. 1., Geschichte der Schule in Bayern: von den Anfängen bis 1800. Bad Heilbrunn/Obb.

Liedtke, Max (Hg.) (1993): Handbuch der Geschichte des bayerischen Bildungswesens. Bd. 2., Geschichte der Schule in Bayern: von 1800 bis 1918. Bad Heilbrunn/Obb.

Machilek, Franz (Hg.) (1998): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bamberg.

Otto, Hans-Uwe (Hg.) (2002): Erziehungswissenschaft in Studium und Beruf. Eine Einführung in vier Bänden. Opladen.

Roth, Elisabeth (Hg.) (1984): Oberfranken in der Neuzeit bis zum Ende des Alten Reiches. Oberfrankenstiftung. Bamberg.

Roth, Elisabeth (Hg.) (1990): Oberfranken im 19. und 20. Jahrhundert. Bamberg.

Spindler, Max (Hg.) (1978): Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 1800 – 1970. Sonderausg. München.

www.uni-bamberg.de

